DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 147, Samstag, 16. September 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Sahra Wagenknecht

DEMOKRATEN WEHREN SICH



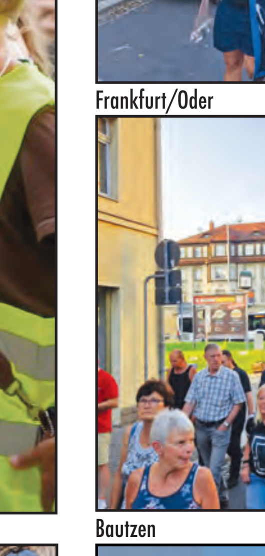
Dresden



Eisenach



Amberg



Frankfurt/Oder

Bautzen

GEGEN DIE GEWALT!

Die demokratische Krankenschwester Sabrina Kollmorgen (Bild rechts) wird auf einer Demonstration zu Boden geworfen und verletzt. Der UN-Folterkommissar Niels Melzer schaltete sich ein und attestierte der Polizei 2022 »Systemversagen« in der Aufarbeitung ihrer Gewalt. Geändert hat sich nichts. Kollmorgen, nicht die Polizei, steht unter Anklage. ➲ Seite 7



Foto: Privat/DW



Kulmbach

Göttingen



Foto: Commons

WAS IST MIT SAHRA?

Die populäre Politikerin Sahra Wagenknecht ließ in der vergangenen Woche bekanntgeben, dass ihre lang angekündigte Parteigründung beschlossene Sache ist. Millionen in der Demokratiebewegung fragen sich nun: Wird sie zur Anwältin der Verfolgten, Verleumdeten und Geschlagenen? Sorgt sie für deren umfassende Rehabilitierung? Oder ist die Parteigründung nur ein Fake und ein Bruch mit dem Regime findet mit ihr nicht statt? DW macht die Nagelprobe. ➲ Seite 13

Print wirkt! Mit der vergangenen Ausgabe des DW stellten wir fest: Ein erneutes Wiederaufflammen des Coronaregimes wird hohe Kosten haben. Und wir hatten recht.

Seit Erscheinen der Zeitung gingen erneut Zehntausende in Deutschland auf die Straße (siehe Fotos) und machten die Sache klar: Nein, nicht mit uns! Selbst Konzernmedien mussten mit Blick auf die Proteste eingestehen: »Kommt die Maskenpflicht im Krankenhaus zurück, erwarte ich massiven Widerstand« (t-online zur Demonstration in Dresden). Die Demokratiebewegung, die seit 28. März 2020 auf die Straße geht und seitdem zur größten Erhebung der deutschen Geschichte geworden ist, wird nicht weichen. Der Fünf-Punkte-Plan steht.

Für Millionen ist klar, dass es für sie kein Zurück mehr in das Lügen- und Kriegsregime der herrschenden Kaste gibt. Nachdem sie unter Corona und dem Nato-Kriegsregime systematisch entmenschlicht und drangsaliert wurden, sind die Erhöhung des Mindestlohns um ein paar Cents oder eine minimale Senkung der Umsatzsteuer keine Option mehr.

Es geht ums Ganze. Und der herrschenden Kaste auch, sonst würde sie in ihrem Niedergang nicht dermaßen fanatisch und mörderisch um sich schlagen. Die Zahl der Impfopfer ist gewaltig, ebenso die Todeszahlen in der Ukraine. Gemein ist ihnen auch, dass sie niemand genau beziffern kann, weil kein offizielles Interesse da ist. Und das lassen die Demokraten nicht zu.

INHALT #DW147

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 147. Ausgabe ab Samstag, 16. September 2023. | Redaktionsschluss war am 14. September. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Sahra Wagenknecht. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Ein Mann der klaren Worte

Der Preis der Republik geht an Prof. Dr. Dr. Christian Schubert.
LAUDATIO von Klaus Müller

Die Berufsgruppe der Ärzte und Psychologen war mitverantwortlich dafür, dass die Regierungen ihr Verbrechen, die Corona-Plandemie, durchziehen konnten.

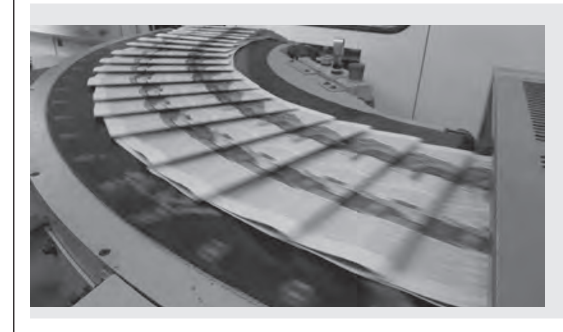
Prof. Dr. Dr. Christian Schubert gehörte nicht zur schweigenden Masse seiner Zunft. Der Psychoneuroimmunologe kritisierte lautstark Spritzen und Maßnahmen, bezeichnete Karl Lauterbach als »Krankheitsminister«, die vermeintliche Pandemie als eine »Zeit der Lügen«. Und er setzte sich für die Kleinsten der Gesellschaft ein, wies auf die dramatischen Folgen der Schulschließungen hin: Die Traumatisierung der Kinder sei kaum aufzufangen, erklärte er. Einige hätten aufgrund dessen gar mit einer kürzeren Lebenszeit zu rechnen.

Der gebürtige Oldenburger, Professor an der Universitätsklinik für Psychiatrie II in Innsbruck, Autor zahlreicher Bücher, forderte im Oktober 2020 zusammen mit anderen Medizinern auf einer Pressekonferenz die Rücknahme der Covid-Maßnahmen.

»Offenbar weiß ein Großteil der Bevölkerung gar nicht, was Demokratie überhaupt ist. Anders ist nicht erklärbar, wie die Menschen akzeptieren konnten, wie sehr in ihre Grundrechte eingegriffen wurde«, äußerte sich Schubert im DW-Interview (Ausgabe 144) verständnislos. Er wies zudem darauf hin, dass wir es mit Tiefenindoktrination zu tun hätten. Mit der bewussten Verwendung dieser Technik, etwa durch Platzierung von Menschen mit FFP2-Masken im Publikum von TV-Produktionen, solle die Angst in der Gesellschaft hochgehalten werden.

Schubert hat noch nie seinen Mund gehalten, wenn ihm Missstände aufgefallen sind. Schon vor Corona prangerte er die Schulmedizin an, »weil sie Menschen nur als Maschinen sieht und Patienten auf ihre Einzelteile reduziert« (siehe auch S. 12/13 dieser Ausgabe). Der WHO-Pandemievertrag sei die »nächste Stufe der Kontrolle, Machtausübung, Freiheitsberaubung, Gleichschaltung und Maschinisierung der Menschheit«. Dagegen gelte es anzukämpfen. Christian Schubert gehört zu denen, die garantiert keine Ruhe geben werden. Glückwunsch zu diesem Preis.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN PROF. DR. DR. CHRISTIAN SCHUBERT. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Es passiert

EINWURF von Werner Köhne

»Life is what happens while you are busy making other plans« oder zu deutsch: Leben ist das, was passiert, während du damit beschäftigt bist, andere Pläne zu machen.

John Lennons Satz aus seinem Song »Beautiful boy« enthält Einsichten, die nicht so recht passen wollen in die blumige Welt der Zitate. Dass das Leben passiert: Diese Überzeugung stellt sich schon gegen all die Ratschläge zur cleveren Lebensführung, die sich so locker leicht herbei-googeln lassen. Auch als Motor für ein von oben betreutes Leben eignet sich das obige Zitat nicht.

Nein, dass das Leben passiert, deutet auf einen wichtigen Aspekt hin: die Nicht-Verfügbarkeit des Lebens – eine Einsicht die uns leider erst zu Bewusstsein kommt, wenn es zu spät ist. Was damit ausgesagt ist: Ich verfehle als verbissener Konstrukteur meines Lebens eben genau dieses Leben – aber ich bin auch nicht bloßes Objekt, dem das Leben mit Zuckerbrot und Peitsche verordnet wird. Das Leben, an das John Lennon denkt, wurzelt in einem Daseinsentwurf, der sich in einem Geradehin (so der Philosoph Husserl), einer alltäglichen Gelassenheit und Offenheit enthüllen kann.

Etwa so, wie es Lou Reed in seinem Song »A perfect day« beschreibt:

»Einfach ein perfekter Tag
Im Park Sangria trinken
Und dann später, wenn es dunkel wird,
gehen wir nach Hause
Einfach ein perfekter Tag
Tiere im Zoo füttern
Und dann später noch ins Kino und dann
nach Hause«

So einfach ist Glück – ein Leben jenseits zentralistisch vorgenommener Planungen. Wer diese Einsicht noch eine Schraubendrehung intensiver vermittelt bekommen will, dem sei dieses Zitat aus Goethes »Faust« an die Hand gegeben. Da richtet sich ein von Lebensplanung müde *abgefuckter* Faust mit diesem Tauschangebot an den Teufel Mephisto: »Werd ich zum Augenblicke sagen: Verweile doch; du bist so schön; dann magst du mich in Fesseln schlagen, dann will ich gern zugrunde gehen.«

Wenn man dem ganzen Wahn der letzten Jahre etwas entgegensetzen kann, so dieses Zitat, in dem das Leben als ein so alltägliches wie unfassbares Geschenk gefeiert und nicht im Rahmen einer totalitären Agenda seiner Substanz beraubt wird.



Dies sollten die verblendeten Konstrukteure des neuen Menschen wissen: sie scheitern am Leben.
Viva la vida!

VERTUSCHUNG UND ZUGRIFF

Wie die Regierung die Opfer der Corona-Spritzen unter den Tisch fallen lässt | Von Hendrik Sodenkamp

Tausende Demokraten und Opfer der Spritzenkampagne kamen am vergangenen Samstag, den 9. September 2023, auf dem Berliner Breitscheidplatz an der Gedächtniskirche zusammen, um auf die massiven Schäden hinzuweisen. Organisiert wurde die Versammlung vom Bündnis »Friedlich Zusammen« und der Schauspielerin Felicia Binger, die selber schwere und langanhaltende Schäden durch die Spritze erlitten hatte.

Das Datum war nicht zufällig gewählt: Drei Tage später, am 12. September 2023, tagte in Berlin der sogenannte Runde Tisch des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach (SPD). Dort sprachen Lobbyvertreter über die Schäden der sogenannten Impfung. Die Demonstranten wollten dafür sorgen, dass die Opfer der Spritzen nicht vergessen werden.

Und das ist notwendig. Anscheinend hatten Kampagnenstrategen Lauterbach dazu geraten, die Impfschäden (Post-Vac) gemeinsam mit Fragen von Long-Covid zu besprechen und sie so im medialen Grundrauschen untergehen zu lassen. Diese Vermutung, die wir in *DW* 140 äußerten, sollte sich nun bewahrheiten. Die Umetikettierung von Impfschäden zu »Long-Covid« tut ihr Übriges.

Nach der Pressekonferenz, die Lauterbach im Anschluss des Treffens gab, berichteten die Konzern- und Regierungsmedien ausschließlich darüber, dass Lauterbach 100 Millionen Euro für eine bessere Behandlung von »Long-Covid« zur Verfügung stellen wolle. Im Bundeshaushalt war diese versprochene Summe auf 40 Millionen Euro reduziert worden, nun will Lauterbach eine »überparteiliche Allianz im Haushaltsausschuss« aufbauen, um gegen seine Koalitions- und Parteikollegen – wohl mit Unterstützung der Corona-Fraktion CDU/CSU – doch noch 100 Millionen Euro Forschungsgelder für die Pharmaindustrie zu bekommen. Ein Aufmerksamkeit erheischendes Hin und Her. Dass bei dieser Sitzung auch Opfer der Spritzen anwesend waren, wurde in den Konzern- und Regierungsmedien erstaunlicherweise mal wieder unisono unter den Tisch gekehrt.

KRANKHEIT UND THERAPIE

Eine empörende Vertuschungsaktion. Laut Datenstand vom 11. September 2023 wurden laut der Wissenschaftlergruppe *CoronaDatenanalyse* bei der EMA bislang 28.229 Todesfälle und 648.525 schwerwiegende Nebenwirkungen gemeldet. Darunter 15.357 schwerwiegende Nebenwirkungen bei Kindern und 267 Todesfälle. Experten gehen von einer massiven Untererfassung aus, doch allein diese Zahlen sollten genügen, um unverzüglich die mRNA-Therapie zu stoppen und zu ächten.

Die regierungsnahe *Tagesschau* meinte am 12. September 2023 in ihrer Hauptsendung um 20 Uhr, über Lauterbachs Runden Tisch nicht einmal mehr berichten zu müssen. Stattdessen wurde, neben viel Wetterbericht, ein Beitrag über ein sogenanntes Pilot-Projekt der Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnisgrüne) gebracht, der auf die psychischen Folgen der Schulschließungen für Kinder und Jugendliche hinwies. Gegen die Folgen der eigenen Politik schafft die Bundesfamilienministerin nun Pöstchen für sogenannte »Mental Health Coaches«, die Schüler bei »psychischen Problemen aufklären und bei der Suche nach Hilfsangeboten unterstützen sollen«. Sicherlich werden die dankbar untergebrachten und mit Steuergeld entlohnten Staats-Coaches auch für geistige Resilienz gegen »Verschwörungsideologien« sorgen. Das ist also weiter deren Weg: Einzelne Aspekte des Corona-Terrors wie das Leid der Schüler werden aufgegriffen, um sagen zu können, das man doch etwas tun würde – und gleichzeitig baut man mit diesen notdürftigen Pflastern den Zugriff auf die Bevölkerung aus.

Doch die Opfer der Spritzen unter den Tisch zu kehren, wird nicht gelingen. Forscher haben mittlerweile einen Zusammenhang zwischen dem Beginn der allgemeinen Spritzenkampagne und dem Anstieg der Sterbezahlen nachweisen können (siehe unten). Ein weiterer Beleg für diesen Zusammenhang ist auch, dass sich nun, da kaum gespritzt wird, die Sterbezahlen wieder auf Vor-Spritzen-Kampagnen-Niveau einpendeln.

Wie viele Menschen sich nun die neuen »angepassten Genspritzen« in den Körper schießen lassen, bleibt abzuwarten. Die Demokratiebewegung bereitet sich konzentriert auf eine erneute Offensive vor. So wird auch diese Zeitung – dieser Hinweis sei an dieser Stelle gestattet – mit ihrer Ausgabe 150 eine große Verteilaktion starten. Hinweise dazu finden Sie auf Seite 7.



Ein Demokrat macht am Montag seine Sache klar. Foto: Georgi Belickin/DW

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.563
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.225
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.872	95.023
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	84.669
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	82.018
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	76.408
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	74.693
Aug.	73.444	78.742	86.658	86.507	78.521
Sep.	71.022	74.243	77.931	81.043	
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	674.120

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

PIROLA IST DA: GEHT DIE PLANDEMIE WEITER?

Berlin/DW. Die neue und angeblich stark mutierte Corona-Variante Pirola wurde laut RKI nun auch erstmals in Deutschland nachgewiesen. In der 36. Kalenderwoche wurden rund 6.780 Infektionen registriert, Forscher gehen jedoch von einer hohen Dunkelziffer an Infektionen aus. Diverse Leitmedien und auch Ärzte rufen bereits wieder zum freiwilligen Tragen von Masken auf. (kmü)

SPRITZEN-VERWEIGERER GEWINNEN VOR GERICHT

New York/DW. Einem Bericht von *Fox News* zufolge, hat ein New Yorker Richter am 6. September entschieden, dass zehn Pädagogen (u.a. Schulleiter und Lehrer), die vom Bildungsministerium der Stadt New York entlassen wurden, weil sie sich den Corona-Spritzen verweigerten, wieder eingestellt werden und Gehaltsnachzahlungen erhalten müssen (siehe hierzu auch Interview auf S. 8 dieser Ausgabe). Der Richter befand, dass die sogenannte Impfung eine Übertragung nicht verhindern könne und deshalb nicht zwangsweise vorzuschreiben gewesen sei. (kmü)

KRANKENHÄUSER WEHREN SICH GEGEN ERNEUTE CORONA-MASSNAHMEN

Tel Aviv/DW. Israel hatte jüngst die PCR-Testpflicht für Patienten in Krankenhäusern eingeführt, doch die wehren sich nun dagegen. Dies berichtet der Blog *tkp.at*. In einem Schreiben der öffentlichen Krankenhäuser an das Gesundheitsministerium heißt es u. a., die Tests lieferten »keine aussagekräftigen Informationen« und die zusätzliche Arbeitsbelastung sei »unzumutbar«. (kmü)

Von höheren Mächten getragen?

Mit seinem DW-Artikel »Legalität und Legitimität« in DW 143 entfachte unser Kolumnist Gordon Pankalla eine hitzige Diskussion. Nun legt er nach | Ein STANDPUNKT

Im Strafrecht unterteilt man die Verwirklichung eines Straftatbestands in: Tatbestand, Rechtswidrigkeit und Schuld. Auf der Ebene der Rechtswidrigkeit können, auch wenn der Tatbestand erfüllt ist, Rechtfertigungsgründe vorgebracht werden. So versuchten auch die Klimakleber ihre Nötigungen dadurch zu rechtfertigen, indem sie auf ein höheres Recht abstellen: den Klimaschutz.

Wer aber sagt, er habe höhere Werte, die eine Tat rechtfertigen, der will sich nicht mehr an das materielle Recht halten. Würde aber jeder so handeln, dann wäre der Rechtsstaat am Ende, denn dann könnte ich auch im Protest gegen hohe Steuern jede rote Ampel ignorieren. Ich bin daher der Ansicht, jeder muss den Rechtsweg einschlagen, wenn er etwas erreichen möchte und kann nicht eigenmächtig höhere Ziele anführen.

Aktuell: Der Arzt Dr. Habig hatte sich nicht an das Recht gehalten und seinen Patienten falsche Impfbescheinigungen ausgestellt. Auch er bezog sich in seiner Argumentation vor Gericht zum Wohle der Menschen gehandelt zu haben auf ein höheres Recht, nämlich seinen medizinischen Eid. Das Bochumer Strafgericht sagte dazu, dass seine Patienten hätten klagen können, daher hätte keine Notwehrlage bestanden. Ich schließe mich als Jurist der Auffassung des Gerichts an. Hinsichtlich einer Notwehrlage ist darauf abzustellen, ob ein höherstehendes Recht geschützt werden soll.



Demonstration am 12. August 2023 in Recklinghausen. Foto: Videostill/Klardenken.tv

OHNE RECHT: HAUEN UND STECHEN

Nun machen viele Menschen den Fehler, dass sie denken, die Abwägung bestehe darin, dass ein Urkundendelikt (falsche Impfbescheinigungen) gegen das Leben abzuwägen wäre – wegen den Nebenwirkungen der Impfung. Wir hatten es aber nicht mit einer Zwangsimpfung zu tun. Es wurde »nur« der Zugang zum Arbeitsplatz verhindert. Das Verfassungsgericht hatte dies bestätigt, in einem – wie ich meine – Fehlurteil. Hier wurde gesagt, man könne sich ja einen anderen Beruf suchen. Auch wenn ich dies für falsch halte, bleibt es doch trotzdem dabei, dass sich ein Arzt nicht darüber hinwegsetzen kann, weil er meint das Verfassungsgericht habe ein falsches Urteil gefällt.

Ich bin der Ansicht, dass die Grundsätze des Rechtsstaates sehr wichtig sind, auch wenn man es im Einzelfall für falsch hält, was entschieden wurde, was hier sicherlich viele Leser dieser Zeitung so sehen. Aber man schaue sich an, was die Folgen wären, würde man dieser Argumentation folgen: Dann könnten sich eben die Klimakleber auch auf ein höherwertiges Recht beziehen und irgendwann macht das jeder und dann sind wir zurück beim Naturrecht.

Die Abwägung, die im Fall Dr. Habig zu machen ist, ist eine Abwägung zwischen Urkundendelikten und dem Eigentum (Lohn) und eben nicht zwischen falschen Attesten und dem Leben. Ein Rechtfertigungsgrund auf der Ebene der Rechtswidrigkeit der Tat kann nicht greifen. Das ist meine juristische Expertise, auch wenn es vielen nicht gefallen mag.

DER UMGANG MIT DR. HABIG IST EIN SKANDAL!

Die Lösung liegt für mich auf einer anderen Ebene, auf der Ebene der Schuld. Taten die aus einer »guten Motivation« heraus begangen werden, sind bei der Schuld und damit bei der Strafzumessung zu berücksichtigen. Zu beachten ist daher, ob ein Schaden für die Gesellschaft entstanden ist. In Bezug auf Dr. Habig bedeutet dies: Wie wir wissen, hat die sogenannte »Impfung« nicht vor einer Ansteckung geschützt. Mithin haben die Patienten des Dr. Habig andere Menschen auch nicht in der Art gefährdet, wie behauptet wurde. Zudem lagen ganz sicherlich keine Gründe für eine Untersuchungshaft vor. Um es klar zu sagen: Was man mit Dr. Habig gemacht hat, halte ich für falsch und einen Skandal. Ich will auch keine Gleichstellung mit den Klimaklebern betreiben.

Während die angebliche »Hochwertigkeit der Tat« bei den Klimaklebern stets in der öffentlichen Meinung, oder besser gesagt, in der propagierten öffentlichen Meinung, betont wird, findet Dr. Habig und seine Motivation in den Medien im Grunde gar keinen Platz. »Querdenker« werden in der öffentlichen Meinung stets herabgesetzt. Ich habe in Köln selbst einen Arzt vertreten und wir konnten eine Verfahrenseinstellung erreichen. Die Presse betitelte den Arzt dann als einen »Guru« und wollte den Fall ins Lächerliche ziehen. Ich stehe inhaltlich voll auf der Seite dieser Ärzte, deren Existenz vernichtet werden soll.

Mir geht es aber um die Rechtssystematik. Die gilt für mich immer, auch bei Entscheidungen, die ich inhaltlich nicht nachvollziehen und begrüßen kann.

Dieser Text ist ein Auszug des Antwortschreibens, das Gordon Pankalla auf den Widerspruch des Bremer Pädagogik-Professors Rudolph Bauer verfasste.


Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Obwohl Leistungswille und Erfolg verpönt sind: Deutschland hat mal wieder was gewonnen

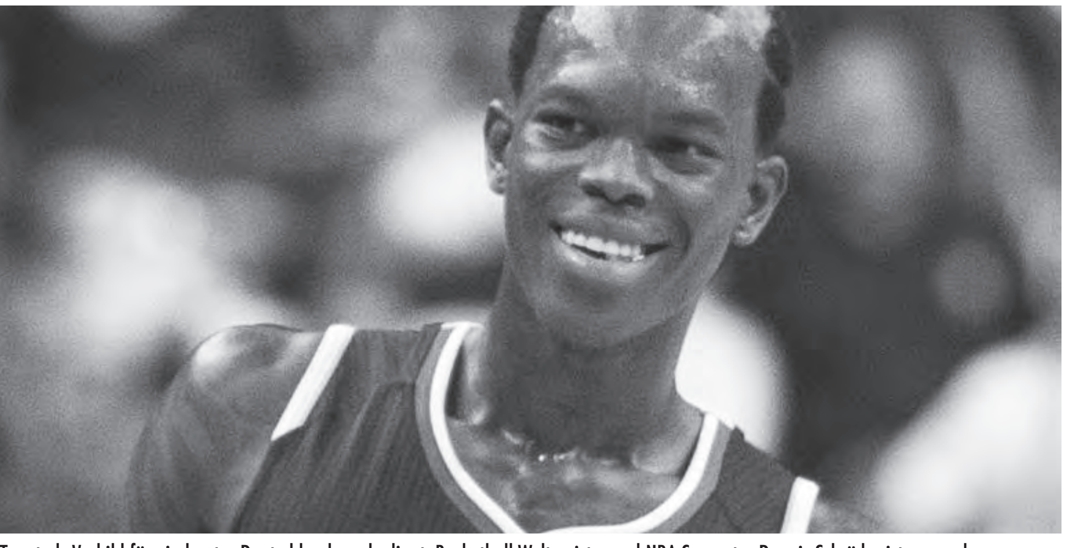
Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, endlich mal wieder Grund zum Feiern: Die deutsche Basketball-Nationalmannschaft wurde angeführt von Superstar Dennis Schröder erstmals Weltmeister. Nach dem grandiosen Vizeweltmeistertitel unserer Kufen*cracks* Ende Mai bei der Eishokkey-WM in Finnland und Lettland nun also ein weiterer Riesenerfolg, mit dem keineswegs zu rechnen war – und das ohne peinliche Armbinden und Hand-vor-den-Mund-Gesten.

Für Peinlichkeiten sorgten stattdessen einmal mehr die sogenannten Politiker unseres Landes. »Liebe Nazis, was macht es mit euch, dass ein schwarzer Muslim als Kapitän Deutschland zur Weltmeisterschaft geführt hat?«, fragte Mattheus Berg, Unterbezirksvorstandsmitglied der SPD in Cuxhaven in einem mittlerweile gelöschten *Tweet*. Welche Nazis meinte er damit wohl? Die echten? Oder die Regierungskritiker, Andersdenkenden und Gentherapieverweigerer? Hmh, vermutlich hatte er den Namen Dennis Schröder am Sonntag zum ersten Mal gehört. Ansonsten hätte er nämlich wissen können, dass der NBA-Star als Impfgegner angefeindet wurde, nur weil er sich den Corona-Giftspritzen verweigerte. Irgendwie doof für diesen Berg, oder? Feiern konnte übrigens auch Tennisspieler und Preis-der-Republik-Träger Novak Djokovic: Er gewann zum vierten Mal die US-Open.

Der Triumph der Basketballer ist ein Erfolg, von dem unser Fußball-Nationalteam derzeit nur träumen kann. Nach der peinlichen 1:4-Klatsche gegen Japan wurde Coach Hansi Flick gefeuert. Innenministerin Nancy Faeser fand den Zeitpunkt dieser Maßnahme »nicht ganz so glücklich«. Angeblich hätte die Meldung über Flicks Rauswurf die Feierlichkeiten unserer Basketball-Helden gestört, die in Frankfurt begeistert empfangen wurden. Faeser war mittendrin, sonnte sich im Glanz der Weltmeister. Dass sie sich über das *Timing* von Flicks Rauswurf ärgerte, lässt hoffen, dass sie selbst bald endlich zurücktritt. Gründe dafür gibt es reichlich (DW berichtete). Möglicherweise hat sie dies also bislang nur aus Rücksichtnahme auf unsere Basketballer noch nicht getan, aber sobald die Feierlichkeiten abgeebbt sind … Na, dann, so hatte ich unsere Nancy gar nicht eingeschätzt. Respekt!

Einmal abgesehen von unseren Korb- und Puckjägern präsentierte sich Deutschland im Sport in jüngster Vergangenheit wie unsere Regierung – in einem desolaten Zustand. Symptomatisch dafür war das Abschneiden unserer Leichtathleten bei der Weltmeisterschaft in Budapest im August: Zum ersten Mal gab es keine einzige Medaille. Die *Zeit* fragte daraufhin: »Mit dem deutschen Sport geht es bergab, weil sich keiner mehr anstrengt?« Und lieferte prompt die Antwort dazu: Die Debatte um fehlende Leistungsbereitschaft sei hanebüchen, erklärte ein Athleten-Vertreter im Interview mit der Zeitung. Das mit der Leistungsbereitschaft ist so eine Sache, die man sich mal genauer anschauen könnte. Schon sind wir wieder beim DFB. Dieser hat gerade eine Kinder-Fußballreform beschlossen: Bei den Kleinsten werden Ergebnisse nicht mehr erfasst. Man hat offenbar Angst, die Kinder könnten durch Niederlagen traumatisiert werden. »Wenn wir Angst haben, dass ein Achtjähriger komplett aus dem Lebensgleichgewicht geworfen wird, weil er mal 5:0 mit seiner Mannschaft verliert, dann sagt das auch sehr viel über die deutsche Gesellschaft aus«, erklärte DFL-Aufsichtsratsvorsitzer und DFB-Vize-Präsident Hans-Joachim Watzke, der den Beschluss


Taugt als Vorbild für ein buntes Deutschland nur bedingt: Basketball-Weltmeister und NBA-Superstar Dennis Schröder ist zwar schwarz, aber zum Jammer der Woken kein Freund der Corona-Spritzen. Foto: Creative Commons

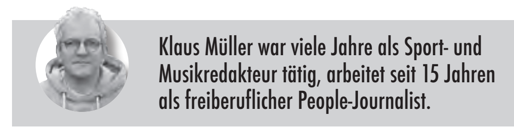
Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

seiner Kollegen heftig kritisierte. Sein süffisanter Vorschlag: »Demnächst spielen wir dann noch ohne Ball. Oder wir machen den eckig, damit er den etwas langsameren Jugendlichen nicht mehr wegläuft.« Hätte ich nicht besser formulieren können.

Nun, wer wundert sich noch über derartige Vorgänge? Die Bundesjugendspiele sind für Grundschüler inzwischen auch kein »Wettkampf« mehr, sondern nur noch ein »Wettbewerb«: Zu groß war in der Vergangenheit offenbar das Frustpotenzial bei Kindern, wenn die anderen schneller sprinteten oder weiter springen konnten. Ja, vor solchen Gefahren muss der Nachwuchs unbedingt geschützt werden. Auch Schulnoten gelten inzwischen als Teufelswerk. Für Erst- und Zweitklässler an 35 Schulen in Baden-Württemberg wurden sie deshalb mit Beginn dieses Schuljahres abgeschafft. Die Leistung der Schüler wird nun anders bewertet – etwa mit Blümchen. Nein, kein Scherz. Ist wirklich so. Auch in Niedersachsen plant man bereits Zeugnisse ohne Noten. Wenn Leistungswille und Erfolg so schlecht sind, warum feiert die Politik dann derzeit unsere Basketballer so ab? Ich vermute, es ist einmal mehr die pure Heuchelei.

Was passierte in den vergangenen Tagen sonst noch? Das vielumjubelte Heizungsgesetz wurde beschlossen. Deutschland spart dadurch in sechs Jahren so viel CO_2 ein, wie China an einem Tag rauspustet. Und weil der Abstieg Deutschlands als Wirtschaftsnation und die Deindustrialisierung nicht schnell genug gehen können, denkt man in der schwarz-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen laut *Bild* über eine Sand- und Kies-Steuer nach. Wie wäre es mal mit einer Abgabe für Lügen und Korruption? Ich vermute, dann wäre unsere Regierung ganz arm dran – und die nächste Diätenerhöhung würde nicht mehr lange auf sich warten lassen.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

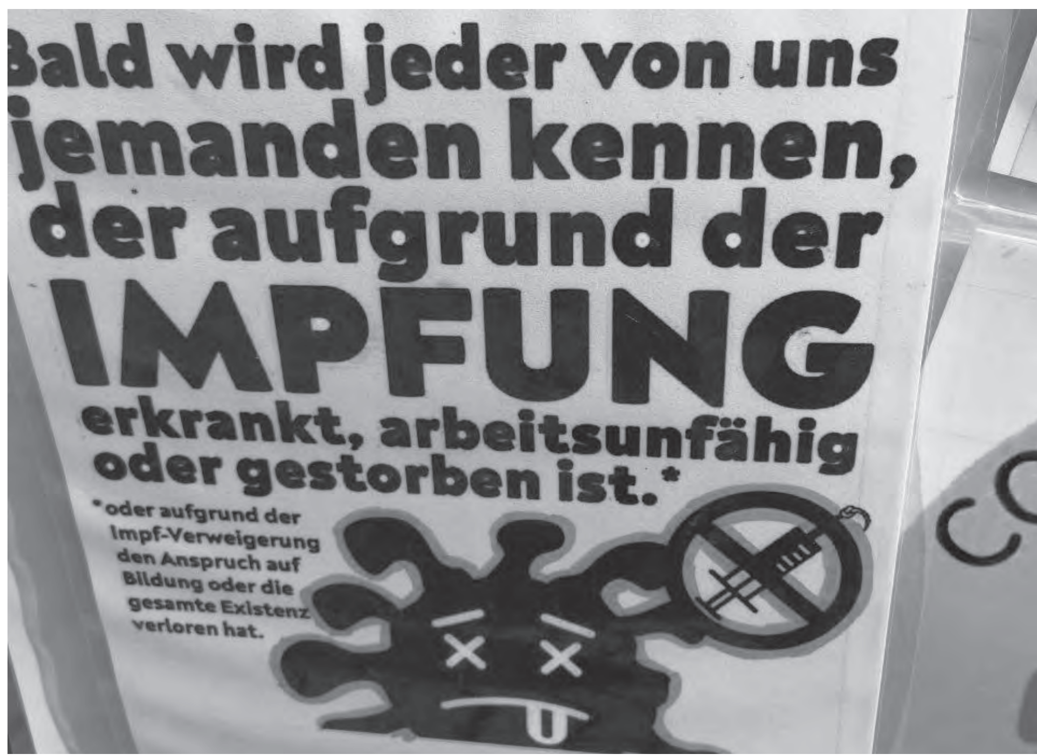


IMPFEN MACHT TAUB

KOLUMNE RECHTSSTAAT

Von Prof. Dr. Martin Schwab

Eine Zahnärztin erhält am 5. März 2021 eine Astrazeneca-Spritze. Kurz darauf wird sie auf dem rechten Ohr taub. Sie verklagt Astrazeneca auf Schadensersatz. Das Landgericht Mainz weist die Klage ab. Mit äußerst kritikwürdiger Begründung.



Aufklärerische Plakat-Kampagne aus der Demokratiebewegung. Foto: Georgi Belickin/DW

Kerngesund und uneingeschränkt belastbar war die Klägerin, damals 40 Jahre alt, vor der Spritze. So steht es im Urteil des Landgerichts Mainz (LG Mainz) vom 31. Juli 2023 (Aktenzeichen 1 O 192/22). Ihr Arbeitgeber hatte für sie den Impftermin für den 5. März 2021 vereinbart. Damals musste man den Impfstoff nehmen, der einem angeboten wurde.

Heute ist das rechte Ohr der Klägerin für immer taub. Ob sie je in ihren Beruf zurück kann, ist ungewiss. Grund genug, den Hersteller auf Schadensersatz zu verklagen. Als Anspruchsgrundlage kam Paragraph 84 Absatz 1 Satz 1 des Arzneimittelgesetzes (AMG) in Betracht. Danach haftet der Hersteller, wenn beim Gebrauch eines zugelassenen Arzneimittels ein Mensch verletzt wird. Dies allerdings nur, wenn (ich zitiere das Gesetz hier abgekürzt)

- entweder das Arzneimittel schädliche Wirkungen hat, die über ein vertretbares Maß hinausgehen (Paragraph 84 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 AMG), das Arzneimittel also ein negatives Nutzen-Risiko-Verhältnis hat
- oder der Schaden deswegen eingetreten ist, weil die vom Hersteller gegebenen Produktinformationen nach dem seinerzeitigen Erkenntnisstand unzureichend waren (Paragraph 84 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 AMG).

Zunächst zu Paragraph 84 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 AMG: Diese Vorschrift besagt im Klartext Folgendes: Wenn ein Arzneimittel insgesamt – also in der gesamten Population, in der es angewendet wird – mehr nützt als schadet, hat derjenige, der infolge einer Nebenwirkung einen Schaden erleidet, eben Pech gehabt. Er ist der einkalkulierte Kollateralschaden. Erinnern wir uns aber: Die Astrazeneca-Spritzen wurden sehr bald nur noch für Personen über 60 Jahre empfohlen. Die Klägerin war im Zeitpunkt der Injektion 40 Jahre alt. Bestand wenigstens für ihre Altersgruppe ein negatives Nutzen-Risiko-Verhältnis? Das LG Mainz winkt ab: Darauf komme es bei Paragraph 84 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 AMG nicht an. Die Haftung greife vielmehr nur ein, wenn das Medikament wegen seines insgesamt negativen Nutzen-Risiko-Verhältnisses gar nicht erst hätte zugelassen werden dürfen (Paragraph 25 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 AMG).

Für ein positives Nutzen-Risiko-Verhältnis führt das LG Mainz die Dokumente der Zulassungsbehörde ins Feld. Kein Wort darüber, dass die Astrazeneca-Spritze in anderen Ländern gar nicht erst zugelassen worden war. Obwohl die Klägerin dazu vorgetragen hatte. Wann fangen deutsche Gerichte endlich an, kritische Fragen an die Corona-Exekutive zu stellen?

Jetzt zu Paragraph 84 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 AMG. Das LG Mainz lässt offen, ob die Produktinformationen von Astrazeneca am 5. März 2021 nicht ausreichten. Denn die Klägerin, so das LG Mainz, hätte sich so oder so impfen lassen. Auch wenn sie um das Nebenwirkungsrisiko gewusst hätte, wäre ein Verzicht auf eine Impfung keine Option gewesen. Und was anderes als Astrazeneca wurde ihr nun mal nicht angeboten. Damit bürdet das LG Mainz der Klägerin die Beweislast für ihre Behauptung auf, sie hätte sich bei zutreffender Information gegen die Impfung entschieden. Dies fordert Kritik heraus:

- Der BGH hat in seinem Urteil vom 24. Januar 1989 (Aktenzeichen VI ZR 112/88) entgegen der Ansicht des LG Mainz nie gesagt, dass der Geschädigte diesen Beweis führen müsse. Er hat nur ausgeführt, dass das Gericht einem entsprechenden Beweisangebot des Geschädigten nachgehen müsse.
- Aus der Rechtsprechung zum Arzthaftungsrecht ist bekannt, dass ein Patient, der von seinem Arzt unzureichend aufgeklärt worden ist, darlegen und plausibel machen muss, dass ein Verzicht auf die (später schadenstiftende) Behandlung für ihn ernsthaft in Betracht gekommen wäre, wenn er um die Risiken gewusst hätte (sogenannter Entscheidungskonflikt). Diese Grundsätze überträgt das LG Mainz ins Arzneimittelrecht. Im Arzthaftungsrecht sind wir aber heute weiter: Nach Paragraph 630h Absatz 2 Satz 2 muss der Arzt beweisen, dass der Patient auch in Kenntnis des Risikos in die Behandlung eingewilligt hätte. Warum sollte das im Arzneimittelrecht anders sein? Eine informierte Einwilligung in die Impfung hatte die Klägerin nie erteilen können.
- Ein Verzicht auf die Spritze wäre für die Klägerin sehr wohl ernsthaft in Betracht gekommen. Dass ein kerngesunder Mensch ins Grübeln kommt, wenn er erfährt, dass er infolge der Spritze taub werden kann, sollte sich von selbst erklären. Die Klägerin hatte sich kurz vor der Spritze noch auf Antikörper gegen Sars-Cov-2 testen lassen. Hat das LG Mainz einmal gefragt, warum? Vielleicht deshalb, weil die Klägerin hoffte, um die Spritze herumzukommen? Immerhin war der Impftermin nicht von ihr selbst, sondern von ihrem Arbeitgeber festgelegt worden.
- Ohne ausreichende Information über die Risiken war die Injektion die primäre Körperverletzung. Die Nebenwirkungen betreffen bereits den Schadensumfang, der nicht zu 100 Prozent bewiesen werden, sondern nach Paragraph 287 Zivilprozessordnung nur überwiegend wahrscheinlich sein muss.

Möge die Berufungsinstanz dieses Urteil aufheben!

MELDUNG

MUSK & CO BERATEN MIT POLITIK ÜBER KI-REGELN

Washington/DW. Etwa 20 Tech-Chefs, darunter Tesla- und X-Boss Elon Musk, haben mit der Politik im Kapitol über eine mögliche Regulierung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI) beraten, da deren Einsatz viele Risiken berge. Die Unternehmensvertreter erklärten, dass für die Entwicklung und den Einsatz der sich in hoher Geschwindigkeit entwickelnden Technologie Grenzen nötig seien. »Für uns ist es wichtig, einen Schiedsrichter zu haben«, so Milliardär Musk. (kmü)

TROTZ GRÜNER HETZE: AFD-KANDIDAT SIEGT BEI OBERBÜRGERMEISTER-WAHL

Nordhausen/DW. Bei der Oberbürgermeisterwahl im thüringischen Nordhausen gewann AfD-Kandidat Jörg Prophet den ersten Wahlgang mit 42,1 Prozent der Stimmen deutlich vor dem parteilosen Amtsinhaber Kai Buchmann (23,7 Prozent), verfehlte jedoch die absolute Mehrheit. Geschmacklos: Katrin Göring-Eckart (Grüne) hatte am Wahltag auf *X* geschrieben, dass sie aus »gegebenen Anlass« daran erinnern wolle, dass Nordhausen der Standort eines grausamen Außenlagers des KZ Buchenwald war. Vor diesem Hintergrund drückte sie die Hoffnung aus, »dass sich jetzt alle, die das #NieWieder in ihrem Gegenwartsgedächtni[s] haben, erinnern, was zu tun ist.« Professor Stefan Homburg antwortete: »Korrekt. Nie wieder Rotgrün!« Die Stichwahl findet am 24. September statt. (kmü)

ASYLANTRÄGE UM 77 PROZENT GESTIEGEN

Berlin/DW. Deutschland verzeichnete bis Ende August laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund 205.000 Asyl-Erstanträge. Dies entspricht einem Plus von 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahr 2022. (kmü)

LUZERN MACHT HEIZVERHALTEN SEINER BÜRGER ÖFFENTLICH

Luzern/DW. Wie die Schweizer *Weltwoche* berichtet, zeigt eine *Website* (uwe.lu.ch) für jedes beheizte Wohngebäude der Stadt Luzern die Wärmeerzeugung an – unterteilt in »erneuerbar« und »nicht erneuerbar« sowie die CO_2-Emissionen des Gebäudes. Die Verwaltung spreche laut der Zeitung u. a. von einem »Hilfsmittel, um den Energieverbrauch der Gebäude zu analysieren.« Tatsächlich soll es sich jedoch um einen »Heiz-Pranger« und »ganz übles Denunziantentum« handeln. (kmü)

HAUSDURCHSUCHUNG BEI MARKUS KRALL

Frankfurt/DW. Im Zuge der Ermittlungen im sogenannten »Rollator-Putsch«-Prozess um Heinrich »Prinz« Reuß wurde die Wohnung von Manager und Autor Markus Krall durchsucht, Handy und Laptop beschlagnahmt, ein Telefonat mit Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen illegal abgehört und Dokumente an Medien weitergegeben. Krall ist Zeuge in dem Verfahren. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 ORF • Vorarlberg Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus
• Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag • 19.00 Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
ULM: Montag 18.00 • Südwestpresse • Am Rathaus
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALLMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – AU IN DER HALLERTAU, 18 Uhr Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CASTROP RAUXEL, 18:30 Uhr, am Reiterbrunnen – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DINGOLFING, 18 Uhr, bei Expert auf dem Parklatz – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – ELMSHORN, 18:30 Uhr, am Rathaus – FREUDENSTADT, 18 Uhr, Stadtkirche – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAILDORF, 18:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAIGERLOCH, 18 Uhr, am Rathaus – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – ILLERTISSEN, 18 Uhr, am Rathaus – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KAHL AM MAIN, 18 Uhr, am Rathaus – KARLSFELD, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUCHHAMMER, 18 Uhr, am Dietrich-Heßmer-Platz – MARIENBERG, 19 Uhr, am Markt – METZINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MEUSELWITZ, 18 Uhr, am Markt – NECKARTAILFINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – OBERAMMERGAU, 19 Uhr, am Rathaus – PINNEBERG, 18:30 Uhr, am Rathaus – RITTERHUDE, 18 Uhr, am Rathaus – SAULGRUB, 18 Uhr, Rathaus – Zeven, 18 Uhr, Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Zeit	Ort	Art
Sa, 16.9.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 16.9.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 16.9.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 16.9.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 16.9.2023 14-19 Uhr	Freiburg, am Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 16.9.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 16.9.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 16.9.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 16.9.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 17.9.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 18.9.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 18.9.2023 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee, Am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 18.9.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 18.9.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 18.9.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 18.9.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 18.9.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 18.9.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-19:15 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Mo, 18.9.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 18.9.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-20 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 18.9.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 18.9.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 18.9.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 18.9.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 18.9.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 19.9.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 19.9.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 19.9.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 19.9.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 19.9.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 20.9.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 20.9.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 20.9.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 20.9.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 20.9.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 20.9.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 20.9.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 20.9.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 20.9.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 20.9.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 21.9.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 21.9.2023 19-21 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 21.9.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 21.9.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 21.9.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 21.9.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 21.9.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 21.9.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 21.9.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 21.9.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 22.9.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 23.9.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 23.9.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, S-bhf Wollankstraße	Autokorso
Sa, 23.9.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 23.9.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 23.9.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 23.9.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 23.9.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 23.9.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 23.9.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 23.9.2023 14-19 Uhr	Wuppertal, Geschwister- Scholl-Platz	Demo und Aufzug
Mi, 27.9.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 2.10.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Di, 3.10.2023 10-22 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	GROßDEMO
Mi, 4.10.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



KLEMPNER GESUCHT

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Vor knapp 50 Jahren veröffentlichte Reinhard Mey das Lied »Ich bin Klempner von Beruf«. Voller Wortwitz beschrieb er die Vorteile dieser Betätigung und ließ satirisch die Arbeitsweise und Kundenorientierung des Handwerkers erkennen. Die ersten Zeilen lauten: »Ich bin Klempner von Beruf, ein dreifach Hoch dem, der dies gold'ne Handwerk schuf. Denn auch in den größten Nöten gibt es immer was zu löten, immer wieder gibt es Pannen, an WC's und Badewannen, ich bin Klempner von Beruf.«

Das Klempnerlied reflektiert eine Zeit, in der das Handwerk nicht nur den goldenen Boden hatte, sondern in der der jeweilige Meister seines Fachs seine unentbehrlichen Fähigkeiten zur Machtposition ausspielen konnte: »Neulich hab' ich einen Boiler installiert, der hat gut und gern zwei Tage funktioniert. Dann war er drei Tage alt und das heiße Wasser kalt, na da hab' ich gar nicht lange repariert, sondern sofort einen neuen installiert. Und da fragt mich doch der Kunde noch nachher, ob denn reparier'n nicht doch preiswerter wär'? Da antwort' ich blitzeschnell: Ihr uraltes Modell, stellt die Firma heut' schon gar nicht mehr her, und Ersatzteile gibt's längst nicht mehr.«

Zwei Aspekte sind zu den 70er-Jahren zu ergänzen: Es gab damals im Handwerkswesen noch reichlich Konkurrenz. Wer mit Klempnermeister Neumann nicht zufrieden war, konnte zur Klempnerei Krause wechseln. Und: Die Handwerksbetriebe konnten sich um mangelnden Nachwuchs und Bewerbungen von Gesellen nicht beklagen.

Kürzlich ließ eine große Supermarktkette für eines ihrer Logistikzentren per Wurfsendung verkünden, dass dringend Kraftfahrer, Fachlageristen, Kaufleute für die Spedition und für das Büromanagement, Elektriker, Betriebstechniker und Kfz-Mechatroniker gesucht werden. Auch Handwerksbetriebe, Dienstleister, der öffentliche Dienst, Pflegeberufe und andere benötigen dringend personelle Verstärkung.

Es zeichnet sich in Deutschland eine Abwanderung von jungen Menschen in Studiengänge, in die IT-Branche, in Aushilfsarbeiten, ins Sozialsystem ab. In den Kernbereichen, die zum Funktionieren einer Gesellschaft nötig sind, will offensichtlich kaum noch jemand arbeiten. Appelle, inhaltsleere Erklärungen und wohlklingende politische Pakete, die geschnürt werden, bleiben weitestgehend fruchtlos. Wird Deutschland zunehmend funktionsunfähig? Wenn das Abwasserrohr verstopft ist, braucht man eben Klempner. Und diese werden zunehmend vergeblich gesucht – bald aber vermutlich mit dem Zusatz »m/w/d/l/s/b/t/i/q«.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de

MORGENS HALB ZEHN IN DEUTSCHLAND

In diesen Tagen findet eine erneute Verhandlungswelle gegen Demokraten statt. Allein in Berlin standen am Montag, den 11. September 2023, zwei Demokratinnen vor Gericht. DW hat mit ihnen gesprochen | Von Hendrik Sodenkamp



Foto: Videosill

DIE KRANKENSCHWESTER

DW: Frau Kollmorgen, über Ihren Fall haben wir bereits berichtet (DW 133). Ihnen wird Ihre Teilnahme an Montagsspaziergängen vorgeworfen: Sie sollen Beamten angegriffen und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte geleistet haben.
Sabrina Kollmorgen: Die Vorwürfe sind falsch, dennoch begleitet mich dieses Verfahren nun schon lange.

DW: Wie war es am Montag vor Gericht?
S.K: Der Gerichtstrakt war in ein Hochsicherheitssystem verwandelt. Neben der mittlerweile schon üblichen Taschen- und Körperscannung war es noch um einiges verschärft: Es durften keine Gegenstände mit in den Gerichtssaal genommen werden, nicht einmal Wasser in Plastikflaschen. Angeblich sollte das eine Waffe sein. Außerdem wurden die Ausweise von allen unabhängigen Prozessbeobachtern kopiert und dem Richter übergeben, der sie zu den Akten nahm. Selbst dem Landtagsabgeordneten Lars Hünich wurden seine Geräte, auf denen sich natürlich sensible Daten befanden, abgenommen. Einem Mann, dessen Hörgerät mit dem Handy gekoppelt war, wurde die Mitnahme seines Handys verboten, so dass er wieder nach Hause gehen musste. Das sollte also die öffentliche Verhandlung sein?

DW: Die Anordnung kommt ja wohl vom Richter, das klingt nach einer Vorverurteilung. Das Zeichen ist: Die schlimmen Extremisten sind da.
S.K: Ich fand es durchaus bemerkenswert, dass am selben Tag im selben Gerichtsgebäude eine Verhandlung mit dem Abou-Chaker-Clan stattfand und dort solche Maßnahmen nicht ergriffen wurden.

DW: Kamen dennoch viele Prozessbeobachter?
S.K: Ja, wie schon zuvor. Wir hatten deshalb auch in der letzten Verhandlungsrunde einen größeren Raum angefragt. Dennoch fand der Prozess erneut in einem kleinen Raum statt, sodass nicht alle Beobachter hineinpassten.
DW: Wie lief das Verfahren?
S.K: Es dauerte sehr lange. Es kamen wieder Polizisten zu Wort. Für mich ist das sehr belastend, denn Polizisten sind mich angegangen (siehe Titel) und die stehen nun dort, um gegen mich auszusagen. Die Unterstützung durch die vielen Menschen, die vor Ort waren, war für mich überaus wichtig.

DW: Es gibt noch eine weitere Verhandlungsrunde. Wann?
S.K: Am kommenden Montag, 18. September 2023. Es ist davon auszugehen, dass es erneut zu diesen irrwitzigen Vorkehrungen durch das Gericht kommen wird. Entlastungszeugen kommen zu Wort. Vielleicht wird es auch ein Urteil geben.

DW: Frau Kollmorgen, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Foto: Videosill

DIE ÄRZTIN IN RENTE

DW: Frau Krusch, können Sie sich den Lesern einmal vorstellen.
Elfriede Krusch: Ich bin 73 Jahre alt, wohne in Berlin, war Medizinerin und bin jetzt im Ruhestand.

DW: Was wurde am Montag in Ihrem Fall verhandelt?
E.K: Ich soll am 18. April 2020 auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz, also auf den ersten Maßnahmen-Demonstrationen, gegen Beamte Widerstand geleistet und sie körperlich angegriffen haben. Ich soll in die Richtung der Genitalien eines Beamten getreten haben.

DW: Wie alt waren sie damals?
E.K: Als ich die Beamten körperlich angegriffen haben soll? – 70.

DW: Was ist damals passiert?
E.K: Ich war auf dem Rosa-Luxemburg-Platz mit Grundgesetz und einer Rose in der Hand, um für menschenwürdige Politik auf die Straße zu geben. Es gab ein riesiges Polizeiaufgebot. Ein Beamter packte mich ohne Vorwarnung von hinten, ich zuckte reflexartig zusammen und griff nach einem Straßenschild. Mir wurde mit einem Schmerzgriff der Arm auf den Rücken gebogen – das war so heftig, dass ich glaubte, mir wird das Handgelenk gebrochen – dann wurde ich abgeführt. Dabei stolperte ich – das soll der angebliche Tritt in die Genitalien gewesen sein, der Griff zum Schild der Widerstand.

DW: Wie lief das Verfahren?
E.K: Die Verhandlung am Montag war die Berufungsinstanz. In der ersten Runde war ich zu 120 Tagessätzen verurteilt worden.

DW: Vier Monate!
E.K: Der Richter sichtete am Montag das Material und sagte, dass von Körperverletzung nicht die Rede sein könne. Er schlug mir vor, das Verfahren gegen die Zahlung von 200 Euro einzustellen.

DW: Haben Sie angenommen?
E.K: Schweren Herzens. Eigentlich hätte ich einen Freispruch bekommen müssen, denn ich bin unschuldig, wie auch aus den Aufnahmen zu entnehmen ist. Doch ich erwarte gerade bei den Gerichten kein besseres Ergebnis. Auch dieser Prozess war absurd. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich habe über Jahrzehnte ehrenamtlich als Schöffin bei Gericht gearbeitet. Die Schöffen in meinem Verfahren haben nichts gesagt, nichts gefragt, sie hätten den Richter überstimmen können, doch da kam nichts. Ich kann jedem nur raten, Schöffe bei Gericht zu werden und anders zu handeln.

DW: Was haben Sie in dem Ehrenamt erlebt?
E.K: In meinem allerersten Verfahren als Schöffin ging es um Steinwürfe bei einer Demonstration. Als es in einer Unterredung über die Schuldigkeit ging, meinte ich, dass es vollkommen klar sei, dass der Angeklagte Steine geworfen hätte. Doch der Richter sagte, dass keine klaren Beweise vorlägen, womit er recht hatte. Lieber einen Schuldigen aus Mangel an Beweisen freisprechen, als einen Unschuldigen zu verurteilen, so der Richter damals. Das hat sich mir eingebrannt. Bei meinem Verfahren wurde nicht so gehandelt.

DW: Gab es auch bei Ihnen Sicherheitsvorkehrungen?
E.K: Oh ja. Es war ein Hochsicherheitstrakt. Auf meine Frage, warum ich meine Tasche abgeben müsse, sagte mir ein Beamter ernsthaft, ich könne dort ja in einem doppelten Boden eine Waffe versteckt haben. Absurd.

DW: Frau Krutsch, wir danken Ihnen für das Gespräch.

IN DIE OFFENSIVE: SONDERAUSGABE DW#150

Für die Ausgabe 150 dieser Zeitung organisieren wir aus gegebenen Anlass eine große Verteileroffensive. Diese Zeitung erreicht von Beginn an Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind.

Für diese Ausgabe arbeiten wir dezidiert den Corona-Komplex auf. Zu Wort kommen werden Dr. Gunter Frank, Ernst Wolff, Peter Hahne uvm. Über die Internetseite demokratischerwiderstand.de/verteilen können Sie diese Zeitung bestellen.

Geben Sie bei der Überweisung im Verwendungszweck neben der Versandadresse auch das Stichwort »OFFENSIVE 150« an, damit wir die Bestellung für diese Sonderausgabe zuordnen können.

DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS=AUFNAHME

Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Diesmal: Einige Zeilen von A.L. zur Lage der neuen Friedens- und Demokratiebewegung.

Liebe standhafte Demokratinnen und Demokraten!

Wir agieren mit dem Mut der Couragierten, der Verleumdeten, der Verfemten, der Gefolterten und derer, die im Deutschland der Gegenwart mit dem Rücken zur Wand stehen (sollen). Wir werden nicht weichen. Bitte unterstützen Sie JETZT die Originale (alle Originale!) der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020. Dies kann in unserem Fall geschehen durch Hilfe für die wahnhafte Flut an Prozessen per Überweisung an:

Name: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
BIC: WELADED1UMP
Verwendungszweck: Crowdfunding und Prozesskosten

Dem Regime des illegalen Ausnahmezustandes, der Corona-Lüge, des Spritzenwahns und der Kriegskredite werden begründetermaßen Verbrechen zur Last gelegt, die bestialischer kaum sein können. Nun greift es nochmal an. Sind Sie kampfbereit? Wir sind es als Journalisten und Verleger. Aber wir wissen nicht, wie lange jene von uns, die sich noch in der BRD aufhalten und Kinder haben, weiter durchhalten können. Mir persönlich stecken die zurückliegenden bald vier Jahre buchstäblich in den Knochen. Die Brüche nach der Folter im Berliner Gefängnis Kruppstraße nach meiner Verhaftung am 1. Mai 2020 wegen des Verteilens von Zeitungen führten zu erheblichen Genickproblemen.

Das Terrorregime versucht auf allen Wegen, uns zu zermürben, aufzureiben, unauffällig klein zu kriegen, kaputtzumachen, in die Familien einzudringen und sie zu zerstören. Bislang konnten wir alles abwehren, aber es kostet Kraft, Zeit, Geld, Gesundheit. Das Regime tat bereits alles, was es im »Handwerkszeugkasten des Terrors« gibt, nur eines noch nicht, zumindest nicht bekanntermaßen: den offenen Mord.

Ab einem gewissen Punkt gibt es nur noch die Wahl: »Tod oder Freiheit!« Ich habe die Befürchtung, dass das Regime, morden wird. Oder will es nur den Eindruck erwecken? Ich hoffe Letzteres – allein das ist schlimm genug. Unsere Aufgabe ist und bleibt die Aufklärung. Dahinter gibt es kein Zurück.

Mehr zur DW-Akademie im Rundbrief (siehe NichtOhneUns.de) und in den kommenden DW-Ausgaben. Mehr Bestandsaufnahme auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub.

Vertrauen zerstört

Dem Berufsschullehrer Rüdiger Borrmann wurde unter Corona fristlos gekündigt. Immer noch muss er vor Gericht | INTERVIEW von Hendrik Sodenkamp

DW: Herr Borrmann, könnten Sie sich den Lesern bitte einmal vorstellen!
Rüdiger Borrmann: Ich habe Elektrotechnik studiert und 18 Jahre bei Siemens und im Anschluss zwölf Jahre in einer Berliner Berufsschule gearbeitet. Als Quereinsteiger habe ich mein Staatsexamen gemacht und an einer Berufsschule in Berlin in Mediengestaltung unterrichtet. Unter den Schülern waren auch angehende Mediengestalter des *RBB*.

DW: Sie sollten am 7. September 2023 vor Gericht erscheinen. Warum?
R.B: Da ging es um eine Strafanzeige wegen angeblicher Volksverhetzung, die zur Untermauerung meiner Kündigung von meinem damaligen Arbeitgeber gegen mich ausgesprochen wurde. Die Kündigung ist verhandelt, die Strafanzeige steht noch aus. Da ein Datenträger nicht ausgelesen werden konnte, wurde der Termin auf den 19. Oktober 2023 verlegt.

DW: Wie kam es zu Ihrer fristlosen Kündigung?
R.B: Das hat sich aufgeschaukelt. Ich habe in den letzten Jahren häufig andere Meinungen vertreten als etwa die Berliner Schulsenatorin. So betrieb ich den Internetblog *Greta liegt falsch*, in dem ich mich kritisch mit der propagierten Klimapanik auseinandergesetzt habe. Auch zur Corona-Angst äußerte ich mich kritisch und wies auf die Ergebnisse der Arbeiten von John Ioannidis, Sucharit Bhakdi und Klaus Püschel hin. Daraufhin wurde ich von meinen Schülern als Coronaleugner diffamiert.

DW: Wie haben Sie das im Mediengestaltungsunterricht gemacht? Da ging es doch um andere Themen ...
R.B: In Nebensätzen oder in Aufgabenstellungen. Um Medien zu gestalten, braucht man Inhalte. Moderne Pädagogik knüpft immer an der intrinsischen Motivation der Schüler an, weshalb ich als Inhalte in der Regel aktuelle Themen gewählt habe, für das, was technisch umgesetzt werden sollte.

DW: Wie ging es weiter?
R.B: Besonders während Corona war die Atmosphäre extrem angespannt. Einige Schüler suchten Dinge, um mich loszuwerden. Die Behauptung, ich sei Verschwörungstheoretiker, reichte nicht aus. Dennoch wurde ich erstmal freigestellt. Als dann eines meiner Videos auf YouTube im Thumbnail den Spruch »Impfen macht frei« hatte, wurde ich fristlos gekündigt, weil ich angeblich die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnt hätte. Das war absurd, denn ich hatte mich auf eine Aussage des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder bezogen, der diese unmögliche Sprache verwendete, was ich im Video kritisiert habe. Es beinhaltete die Aussage, dass wir Menschen immer frei sind und uns unsere Freiheit nicht erarbeiten müssen.


Rüdiger Borrmann wurde auf Betreiben Olaf Sundermeyers fristlos entlassen und verklagt. Foto: Videostill/Youtube

DW: Ein Lehrer, der für Ihre Kündigung mitverantwortlich ist, ist der in der Demokratiebewegung berüchtigte RBB-Propagandist Olaf Sundermeyer.
R.B: Olaf Sundermeyer war sozusagen mein Gegenpart. Während ich für die technische Ausbildung verantwortlich war, war er für die inhaltliche Ausbildung der *RBB*-Schüler zuständig. Meine Schüler trugen ihm zu, was ich in meinem Unterricht am Rande sagte. Er brachte einen Beitrag in den *Tagesthemen* von fast zehn Minuten Länge über mich, wo ich mit Klarnamen und Gesicht diffamiert wurde. Der Direktor meiner Schule zeigte mir außerdem Briefe mit *RBB*-Briefkopf, unterschrieben von Olaf Sundermeyer, in denen dieser meine Kündigung forderte. Der Direktor meinte, darauf reagieren zu müssen, denn der *RBB* sei Kunde der Schule. In dieser Situation merkte ich, dass ich keinen Schutz habe, da sämtliche Stellen, von Schulsenatorin über Direktor bis zum Personalrat, gegen mich waren. Ich wurde freigestellt und nach dem »Impfen-macht-frei«-Video schließlich gekündigt.

DW: Harter Tobak.
R.B: Es war eine breite Front gegen mich. In der ersten Zeit war ich wie erstarrt, konnte die Kündigung noch nicht einmal lesen. Ich bin immer noch geschockt von den Vorgängen. Mein Vertrauen in Medien, Politik und Gesellschaft ist komplett abhanden gekommen. Ich habe nur als Bürger und Lehrer meine Meinung gesagt. Es fällt mir schwer, noch Leuten zu vertrauen. Diese Lähmung ist, so meine ich, genau das, was sie wollen. Ich bin da rausgekommen, indem ich an meinem Fall dran geblieben bin. Ich habe mich in der Initiative *Leuchtturm ARD* eingebracht, bin mit der Sache an die Öffentlichkeit gegangen und eben vor Gericht in Berufung. Mit Erfolg: Ich erzielte einen Vergleich.

DW: War dieser Weg der richtige?
R.B: Ich spreche auch mit Lehrern, die in einer ähnlichen Situation sind und die versuchen, die Sache alleine über den Briefweg zu lösen. Da sind meist die Einsamkeit und Verzweiflung größer, der Erfolg vor Gericht kleiner.

DW: Wie machen Sie weiter?
R.B: Ich bin jetzt über 60 Jahre alt. Ein neuer Job ist da eher unrealistisch. Ich mache jetzt nur noch Dinge, hinter denen ich zu 100 Prozent stehe. Es geht mir darum, Alternativen zum derzeitigen System aufzubauen.

DW: Herr Borrmann, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

LIEBER ANSELM,
LIEBER LENZ,

danke, danke für Eure unermüdliche Arbeit. Es ist kaum zu glauben, was Ihr geleistet habt. Haltet zusammen in Euren Familien. Nur die Liebe rettet die Menschheit. Herzliche Grüße und Gottes Segen.
– Anonym per Post.

DW SOLL
PARTEIZEITUNG WERDEN

Zu Corona verfolgte die AfD die gleichen Ansichten und Ziele wie der DW. Dennoch ignoriert Ihr sie. Kann das normal sein? Ihr seid in meinen Augen arrogante, überhebliche und intellektuelle Dummköpfe. Ihr seid feige und habt keinen aufrechten Gang. Wer Menschen und Parteien ausgrenzt, die die gleichen Ziele verfolgen, den darf man wohl so nennen. Wie kann man so ein Leben führen? Schämt Ihr Euch nicht? – Mein letzter Versuch Euch zu bekehren: Kennt Ihr den Arbeiterspruch, ein Streichholz kann man brechen, ein Bündel nicht. Wir im Osten kennen ihn, Ihr im Westen wohl nicht. Jede Widerstandsgruppe im Westen kocht ihr eigenes Süppchen. Wie kann man politisch nur so blind sein?

– Bernd U., Potsdam

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

instagram.com/demokratischerwiderstand

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

Wann kommt der Bauernaufstand?

Wie WHO und Agrarpolitik zusammenhängen | Von Uwe G. Kranz

Die EU plant bereits seit Dezember 2019 mit ihrem sogenannten *European Green Deal* bis 2050, die Netto-Emissionen von Treibhausgasen (also auch Methan-Emissionen) auf null zu reduzieren, um »als erster Kontinent klimaneutral« zu werden.



Aschaffenburg und dutzende weitere Orte in Deutschland am 20. August 2023. Foto: Videostill/Aschaffenburg/DW

Dieses Ziel ist zentraler Bestandteil der EU-Klimapolitik und gehört sogar zu den sechs Prioritäten der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Dafür wurden auch die Finanzmittel gehörig aufgebläht: Von 960 Milliarden Euro im Zeitraum 2014 bis 2020 auf nunmehr unfassbare 1,8243 Billionen Euro (2021 bis 2027). Dieses sehr »ambitionierte« Mammutprojekt – sogar Vergleiche zur ersten Mondfahrt wurden gezogen – wurde natürlich zur Chefsache gemacht. Und dessen Ziele wurden inzwischen noch verschärft, etwa um die Reduktion der Netto-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent, und es folgte ein Stakkato von Regelungen, Verordnungen und Gesetzen.

Für die Landwirtschaft stellt der sogenannte *Green Deal* zwei Herzstücke: Die *Farm-to-Fork*-Strategie (kurz F2F, dt. Vom Hof auf den Tisch) und die Biodiversitätsstrategie, die sich zunächst damit »begnügt«, bis 2030 eine 25-prozentige ökologische Landwirtschaft einzufordern und dann, ebenfalls bis 2030, die Nutzung chemischer Pflanzenschutzmittel, die Nährstoffverluste und den Verkauf von Antibiotika für die landwirtschaftliche Tierproduktion um satte 50 Prozent zu reduzieren; die Nutzung von Düngemittel soll bis 2030 »nur« um 20 Prozent reduziert werden.

LOBBY-EUROKRATEN UND NGOS GEBEN DEN TON AN

Die Biodiversität droht zur falschen Dichotomie zwischen Rettung der Natur und Gewährleistung der Ernährungssicherheit zu verkommen – weil Folgeeinschätzungen im Verhältnis zu den Natur-Widerherstellungszielen fehlen oder fehlerhaft sind und der F2F-Ansatz ideologisch überfrachtet und zu wenig bis gar nicht realistisch betrachtet und gehandhabt wird. Zudem geben immer mehr Lobby-Eurokraten und NGOs den Ton an anstelle von Wissenschaftlern und Praktikern. Auch geht die Genombearbeitung weit über die Erfordernisse hinaus und lässt unerwartete Ereignisse befürchten, ganz ähnlich wie in der Gesundheitspolitik.

Die aktuelle EU-Landwirtschaftspolitik droht die Abwanderung der Lebensmittelproduktion in Drittstaaten zu beschleunigen, den Rückgang der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu fördern und damit die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu gefährden, die ein grundlegender Stabilitätsfaktor ist.

Ein weiterer, eher negativer Beschleunigungsfaktor ist das ehrgeizige Biodiversitätsziel, zehn Prozent der landwirtschaftlichen Flächen wieder der Natur zuzuführen – angeblich um eine hohe Artenvielfalt zu fördern (Ackerrandstreifen, Rotationsflächen, »unproduktive« Bäume et cetera). Diese »naturschutzfachliche Optimierung der Feld- und Gewässerrandpflege« gesetzlich verpflichtend einzuführen (drei bis zwölf Meter breit, ab 2023 sollen dann sogar vier Prozent der landwirtschaftlichen Fläche nichtproduktive Ackerfläche werden) stößt auf einhelligen Widerspruch der Bauernlobby COPA-COGECA, dem EU-Verband der Landeigentümer ELO EU und fast allen anderen Berufsverbänden.

Das böse Wort vom europäischen *Land Grabbing* (ein Anglizismus für illegitime oder illegale Aneignung von Land- und Agrarflächen durch wirtschaftlich oder politisch durchsetzungsstarke Akteure) ist inzwischen in aller Munde – nicht zuletzt durch die niederländischen Erfahrungen. Deutschland wäre hier besonders betroffen, da es sich bereits in der Deindustrialisierungsphase befindet und eine weitere Schwächung in dieser Größenordnung sicherlich nicht mehr verkraften könnte.

ES KOMMT NOCH SCHLIMMER: *DER ONE HEALTH APPROACH*

Mit der Unterzeichnung der WHO-Rechtsinstrumente Internationale Gesundheitsvorschriften (IHR) und Pandemievertrag (CA+) erkennt ein Mitgliedstaat an, dass »die meisten neu auftretenden Infektionskrankheiten von Tieren, einschließlich Wildtieren und domestizierten Tieren, ausgehen und dann auf den Menschen übergreifen« (Artikel 5 der CA+). Sie erkennen den sogenannten *One Health Approach* an, der verlangt, dass die Weltgesundheitsorganisation auch die Tier- und Pflanzenwelt überwachen muss und selbst für die Umwelt und das Klima die alleinige Zuständigkeit erhält.

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, die Führung der WHO und die im April 2022 gegründete sogenannte Quadripartite zu akzeptieren; diese ist eine Vierergruppe bestehend aus WHO, der *UN* Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), dem »Umweltprogramm der Vereinten Nationen« (UNEP) und der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE). Die Mitgliedsstaaten sind bereit, sich der Quadripartite unterzuordnen, um »alle mit One-Health zusammenhängenden Fragen besser angehen zu können«, »Gesundheitsgefahren an der Schnittstelle zwischen Tier und Mensch zu erkennen« die »zoonotische Übertragungen und Mutationen« verhindern zu helfen und um »die Gesundheit von Menschen, Tieren und Ökosystemen nachhaltig auszugleichen und zu optimieren« – als ob der Coronavirus tatsächlich einer Fledermaus auf dem Tiermarkt in Wuhan entsprungen sei, als ob die *Gain-of-Function*-Forschung nicht existierte, als ob nicht längst offen und nicht länger hinter vorgehaltener Hand von biochemischer Kriegsführung und heimlichen, im Ausland betriebenen Biolaboren gesprochen würde! Wie viel Realitätsverleugnung ist wohl erforderlich, solch eine Formulierung in einem internationalen Vertragswerk überhaupt noch zu akzeptieren?

Und diesen Treueschwur der faktischen Unterwerfungserklärung legt jeder unterzeichnende Mitgliedstaat ab – womit er sich seiner Souveränität endgültig entledigt. Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens muss sich jeder Mitgliedstaat zudem verpflichten, einen nationalen und regionalen *One-Health*-Aktionsplan nach den umfassenden Grundsätzen des sogenannten *Whole-of-government*- und des *Whole-of-society*-Ansatzes (dt. etwa Konzertierte Staatsaktion bzw. Geschlossene Gesellschaft) zu erstellen und der WHO vorzulegen – und zwar ressortübergreifend und gesamtgesellschaftlich. Auch muss jeder Mitgliedstaat ein »One-Health-Überwachungssystem errichten«, heißt es, um die »Risiken und das Auftreten von Krankheitserregern und Varianten mit pandemischem Potenzial« zu identifizieren und zu bewerten, um sogenannte *Spillover*-Ereignisse (dt. Überschwappen), Mutationen und die Risiken im Zusammenhang mit zoonotischen, vernachlässigten Tropenkrankheiten und vektorübertragenen Krankheiten zu minimieren und zu verhindern, dass kleine Ausbrüche bei Wildtieren oder Haustieren zu einer Pandemie werden.

WIRTSCHAFTS- UND ERNÄHRUNGSPOLITISCHER ALBTRAUM MUSS VERHINDERT WERDEN

Auf der Internetseite der WHO heißt es weiter: »Zu den kritischen Bereichen, mit denen sich dieses Gremium befasst, gehören die Nahrungsmittelproduktion und -verteilung, die Verstädterung und die Entwicklung der Infrastruktur, der internationale Reiseverkehr und Handel, Aktivitäten, die zum Verlust der biologischen Vielfalt und zum Klimawandel führen, und solche, die den Druck auf die natürlichen Ressourcen erhöhen – all dies kann zum Auftreten von Zoonosekrankheiten führen.«

Die hoheitliche »Autorität« über Lebensmittel und Land-, Vieh- und Forstwirtschaft werden künftig also nicht mehr die Landwirtschafts- oder Gesundheitsministerien der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs oder der Vereinigten Staaten von Amerika innehaben, auch nicht der US-Kongress, die Nationalversammlung, der Deutsche Bundestag oder der Bundesrat; und erst recht nicht die Land- und Waldbesitzer oder die Vieh-, Wasser- oder Landwirte. Nein: Die wahren Autoritäten werden die WHO und die *Quadripartite* sein. Ungewählt, demokratisch nicht legitimiert, unkontrolliert, intransparent, niemandem rechenschaftspflichtig, rechtlich unangreifbar, supranational, immun.

Wenn WHO-Generaldirektor Tedros eine *Public Health Epidemic of International (oder Regional) Concern* (kurz: PHEIC/PHERC; zu dt. internationale oder regionale Seuche) erkennen will und diese ausruft, stehen ihm alle Maßnahmen nach Belieben zur Verfügung: Maskenzwang, Abstandsregelungen, Kontaktsperren, Impfpflicht- und/oder -zwang, Quarantäne, Impfcamps, Keulung von Tierbeständen, Schließung von Einrichtungen aller Art (Kitas, Kindergärten, Schulen, Universitäten, Verwaltungen, Bauernhöfe, Viehställe, Hegeeinrichtungen, Gaststätten et cetera) und vieles andere mehr.

Im Ergebnis wird die WHO bald, nach Ausrufung entsprechender PHEIC/PHERC, darauf drängen, dass alle Nutztiere mit mRNA-Stoffen geimpft werden müssen, um noch in Verkehr gebracht zu dürfen: Geflügel, Schafe, Rinder, Kühe und (zumindest Zucht-)Wild – mit dem Ergebnis, dass wir zwangsweise alle einer indirekten »Impfung« unterworfen sein werden. Es sei denn, wir würden alle Veganer oder Vegetarier ... doch auch da wären wir nicht sicher, weil Versuche mit mRNA-veränderten Nahrungsmitteln aus der Landwirtschaft längst laufen.

Besonders Haustiere werden es demnächst schwer haben zu überleben, wie das Großbritannien schon Anfang der Covid-Phase demonstrierte, als es öffentlich diskutierte, alle Hauskatzen töten zu lassen. Wenn deutsche Agrarpolitiker und deutsche Bauernverbände sich nicht rühren, wird dieser wirtschafts- und ernährungspolitische Albtraum völkerrechtliche Wirklichkeit und schlimmstenfalls unumkehrbar. Er könnte dann allenfalls noch durch Austritt aus der WHO gestoppt werden.

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Journalistenplattform ansage.org. *Er wurde für diese Zeitung gekürzt und behutsam an die Anforderungen einer gedruckten Zeitung angepasst. Wir danken Kollegen und Autor für die Möglichkeit des Abdrucks.*



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

KLIMA AUSSCHLACHTEN

»Gut geschrieben, aber Thema verfehlt«, kennt jeder noch aus der Schule, wenn der Aufsatz nicht war, wie ihn sich unsere Lehrer vorgestellt hatten. In unserer aktuellen Politik hat das Attribut »gut« schon gleich gar nichts mehr verloren.

»Gut« zu sehen auf der Internationalen Automobilmesse IAA Mobility in München. Die Chinesen drängen mit Vollgas auf den deutschen Markt. Der Fokus liegt im explodierenden Markt der E-Autos. 40 Prozent der Aussteller aus Asien, 70 Aussteller allein aus der Volksrepublik China. Acht Prozent der Autos in Europa stammen bislang aus China, nur, aber 2022 waren es noch sechs Prozent. Die Zahlen und die fehlende deutsche Innovation werden dafür sorgen, dass unsere deutschen Hersteller mehr und mehr in Kooperationsnetzwerke mit den asiatischen Herstellern werden gehen müssen. Das Geld der Eliten, gut verteilt auf der ganzen Welt.

Gleichzeitig hat VW Probleme bei der Produktion in Wolfsburg; betroffen sind nur die Herstellung von Verbrennungsmotoren, E-Autos alles gut. Der Lieferant in Slowenien war ausgefallen wegen eines Hochwassers. Zufall oder schließt sich ein Kreis? Wir wissen es nicht.

Schon immer gab es Widerstand gegen die IAA. Rund 100 Klimaaktivisten – »No future for IAA« (dt. Keine Zukunft für die IAA), hielten »spontan« eine Versammlung ab. Die Frage wird wohl nicht zu beantworten sein, wer ihnen beigebracht hat, dazu sinnlos Straßen zu blockieren und Häuser zu besetzen. »Mercedes – ob mit Klimakrise oder Krieg, Hauptsache Profit« – ja, da kommen sie der Wahrheit doch schon viel näher. Eine Wahrheit, die auch viele nicht hören sollen und auch gar nicht wollen. Profiteure gibt und gab es zu allen Zeiten.

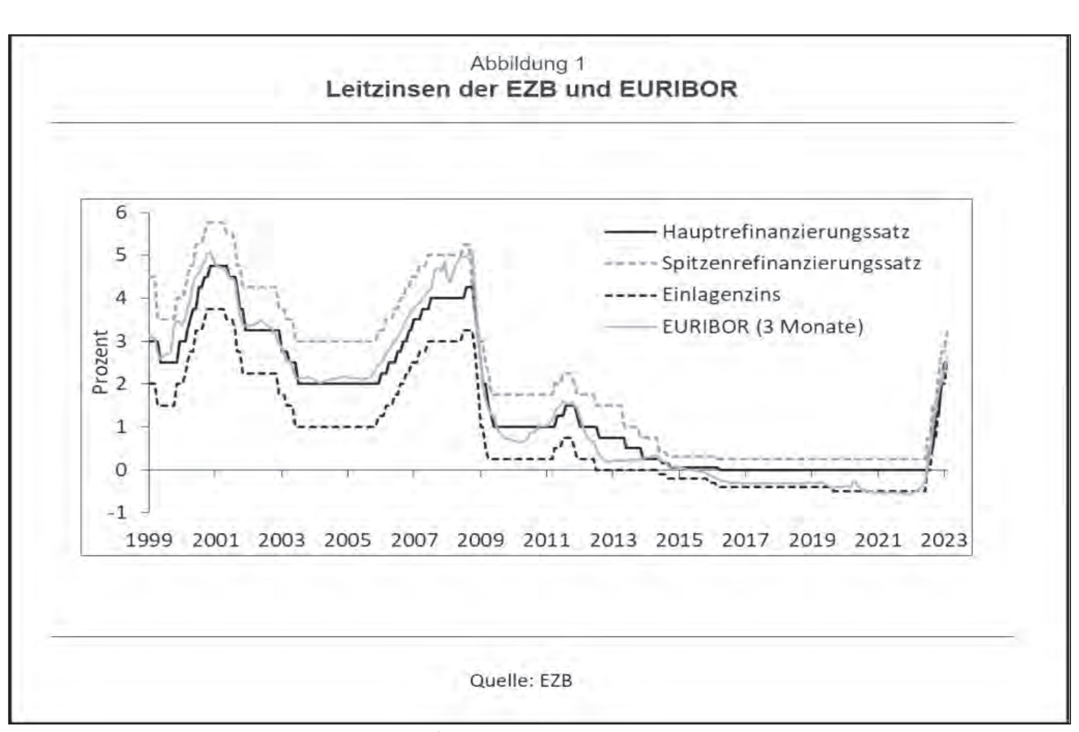
Das Thema Klima beschäftigt die Welt, es lässt sich Geld damit verdienen, viel Geld. Und auch das hat die IAA ganz besonders gezeigt. Leider beschäftigt sich die Welt aber nicht mit dem Thema Klima oder anderen wichtigen Themen, denn ansonsten wäre es bald vorbei mit der Angst- und Panikmacherei. Dann würden sich die Menschen rund um den Bodensee mit dem versprühten Gift am Himmel und nicht mit der Maximalgeschwindigkeit von Sportbooten auf dem Wasser beschäftigen.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Zinserhöhungen:
Sterbehilfe für kleine Banken

Über Inflationsbekämpfung als Vorwand | Von Ernst Wolff



Jahrelang wurde in der Euro-Zone eine Niedrigzinspolitik gefahren. Diese wurde 2022 jäh beendet. Die Konsequenzen nehmen Kontur an.
Grafik: Europäische Zentralbank

Jerome Powell, Präsident der US-Zentralbank Federal Reserve, kurz FED, und Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank EZB, haben in den vergangenen Wochen alle Zweifel ausgeräumt: Sie werden nicht von ihrem 2022 eingeschlagenen Kurs abweichen und den Leitzins weiter erhöhen.

Beide begründen ihre Entscheidung mit dem Kampf gegen die Inflation. Tatsächlich aber tragen die Zinserhöhungen zu deren Eindämmung nur wenig bei. Dafür haben sie Konsequenzen, von denen die beiden Notenbanker nicht sprechen: Einerseits setzen sie den Mittelstand ganz erheblich unter Druck, andererseits werden sie im Bankensektor eine Welle von Insolvenzen auslösen und zu massenweisen Übernahmen kleinerer Banken durch große Konkurrenten führen.

FOLGEN FÜR DEN MITTELSTAND

Der Mittelstand braucht, um erfolgreich wirtschaften zu können, Kredite. Die Kreditaufnahme wird aber mit jeder Leitzinserhöhung kostspieliger. Das erschwert Investitionen, macht die Rückzahlung alter Schulden schwieriger und zwingt zu immer neuen Sparmaßnahmen.

Da mittelständische Unternehmen im Gegensatz zu großen Konzernen nicht auf gewaltigen Reserven sitzen, treiben die entstehenden Probleme viele in die Enge und immer mehr von ihnen in die Insolvenz. Profiteur ist vor allem die Plattformökonomie, die sich die lukrativsten Teile der taumelnden Unternehmen zu *Dumping*preisen einverleiben kann.

FOLGEN FÜR DEN BANKENSEKTOR

Kleine und mittlere Banken leben zu einem Großteil von der Kreditvergabe an den Mittelstand. Sie haben wegen der Niedrigzinspolitik der vergangenen Jahre bereits erhebliche Einnahmenverluste verkraften müssen und leiden jetzt wegen der erschwerten Bedingungen für den Mittelstand mit einer stark verminderten Nachfrage nach Krediten. Das wiederum führt zu Personal- und Filial-Abbau und damit zu einer immer größeren Entfremdung von den Kunden – eine Negativ-Spirale, die einen immer größeren Teil der Klientel abspringen und zu den Großbanken wechseln lässt. Diese Entwicklung führt unweigerlich in eine Situation wie nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 in den USA: Die Zinserhöhungen der Fed haben damals 10.000 kleine Banken in den Ruin getrieben und so den Konzentrationsprozess im Bankwesen gewaltig angefacht.

Diesmal gibt es allerdings noch einen gewichtigen Grund, warum die kleinen und mittleren Banken ausgeschaltet werden müssen. Wir stehen nämlich an der Schwelle zur Einführung von digitalem Zentralbankgeld, englisch: Central Bank Digital Currencies oder CBDCs, und das bedeutet: Die Kreditvergabe soll allen Geschäftsbanken entzogen und ausschließlich in die Hand der Zentralbank gelegt werden. Im Klartext heißt das: Während man einige wenige Großbanken weiter im Finanzcasino wird spielen lassen, gibt es für kleine und mittlere Banken im neuen Geldsystem keinen Platz mehr.

ÖKONOMISCHE FLURBEREINIGUNG

Für die Zentralbanker und die Politik bedeutet das natürlich ein großes Problem, denn die massenweise Schließung kleiner Banken würde die Bevölkerung mit Sicherheit misstrauisch machen und Widerstand gegen das neue Geld aufkommen lassen.

Aus diesem Grund haben sich die Verantwortlichen offenbar dafür entschieden, die Zinsen schrittweise weiter anzuheben und die kleinen Banken so einen langsamen Tod sterben zu lassen – unter dem falschen Vorwand, das alles geschehe zwecks Eindämmung der Inflation, also eigentlich zum Vorteil von uns allen ...



Ernst Wolff gilt als herausragender Finanzexperte und kritischer Autor (zuletzt das Buch »WEF«, Klarsicht, Hamburg 2022)

Dieser Text erschien zuerst auf dem unabhängigen Journalistenportal apolut.net, wo er als Audiostrecke einzuhören ist. Wir danken dem Autor und den Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.

MELDUNG

BEI VOLKSWAGEN DROHT JOBABBAU

Zwickau/DW. Die geringe Nachfrage nach Elektroautos könnte laut *Handelsblatt,* das sich auf *dpa*-Infos bezieht, VW-Mitarbeiter mit befristeten Verträgen im Werk in Zwickau (Sachsen) ihre Anstellung kosten. Bis Ende Oktober könnten zunächst einige Hundert der rund 10.700 Beschäftigten betroffen sein. Insgesamt arbeiten mehr als 2.000 Menschen mit befristeten Verträgen in dem Werk, das VW in den vergangenen Jahren für 1,2 Milliarden Euro zur reinen Fabrik für E-Fahrzeuge umgebaut hat. Sachsens Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) spricht von einer »ernsten Situation«. Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sagte bei einer CDU-Regionalkonferenz laut *Leipziger Volkszeitung*: »In den nächsten Tagen, vielleicht Stunden, werden wir bedauerliche Nachrichten hören.« Am Donnerstag (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) war eine Betriebsversammlung geplant. (kmü)

INFLATION IN DEN USA ZIEHT WEITER AN

Washington/DW. In den USA hat die Inflation im August deutlich angezogen. Die Verbraucherpreise stiegen um 3,7 Prozent, wie das Arbeitsministerium am Mittwoch bekanntgab. Im Juli hatte die Teuerungsrate noch bei 3,2 Prozent gelegen. (kmü)

BAUBRANCHE DROHT DER KOLLAPS

Berlin/DW. Eigentlich wollte die Bundesregierung jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen bauen lassen. Doch laut Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), führe die Ampel die deutsche Baubranche sehenden Auges in den Kollaps. Gegenüber der *Bild am Sonntag* warnte er: »Wir fahren beim Bau mit hohem Tempo auf eine Mauer zu und die Bundesregierung schafft es einfach nicht, auf die Bremse zu treten.« Die Baubranche sei mit seinen 2,33 Millionen Beschäftigten eine Schlüsselbranche für das Handwerk. »Und dieser Sektor droht gerade komplett einzubrechen«, so Dittrich. Gründe seien fehlende Aufträge und Probleme bei Finanzierungen. (kmü)

JUNGE MENSCHEN ZUNEHMEND OHNE QUALIFIZIERTE AUSBILDUNG

Nur 38 Prozent der 25- bis 34-Jährigen in Deutschland konnten im Jahr 2022 einen Berufsabschluss vorweisen. Das geht aus einer aktuellen OECD-Studie hervor. Eine dramatische Entwicklung: 2015, also vor der Migrationskrise, lag der Wert noch bei 51 Prozent. Der Rückgang sei der größte aller OECD-Länder. Der Anteil derjenigen, die maximal einen mittleren Schulabschluss haben, erhöhte sich auf knapp 16 Prozent. Betroffen sind 1,7 Millionen junge Menschen. Als eine der Ursachen für den Bildungsnotstand wird im Bericht der überproportionale Anteil an Migranten in deutschen Schulen genannt. (kmü)



Im Osten nichts Neues

Gab es nicht einmal eine ukrainische Gegenoffensive? | Von Hendrik Sodenkamp

Die Gegenoffensive der Ukraine hat seit ihrem Beginn am 5. Juni 2023 zu keinen nennenswerten Geländegewinnen geführt und der Winter naht.

Nach Einschätzung des US-Generals Mark Milley, Vorsitzender des US-Generalstabs, stehen für die sogenannte Gegenoffensive noch etwa 30 bis 45 Tage »Kampfwetter« zur Verfügung. Danach würden starke Regenfälle und Schlamm die Bodenbewegung beider Seiten verlangsamen. Noch weiter verlangsamen, denn der Ukrainekrieg hat sich – wie der erste Weltkrieg – nach dem desaströsen Scheitern der russischen Blitz-Offensive im Februar 2022 zu einem veritablen Stellungskrieg entwickelt.

Die Kämpfe konzentrieren sich derzeit auf den Süden und den Osten der Ukraine. Im Süden, in der Region Taurien, sollen in den vergangenen zwei Monaten Gegenoffensive rund 255 Quadratkilometer von der ukrainischen Armee unter Kontrolle gebracht worden sein. Die größten Vorstöße gelangen den Ukrainern hier. Diese Fläche entspricht etwa einem Zehntel des Saarlandes (2.570 Quadratkilometer), der Größe des Stadtgebiets von Bielefeld und 0,04 Prozent dessen, was die Ukraine als ihr Staatsgebiet betrachtet.

An der ukrainischen Ostfront geht es mit Vormärschen noch langsamer voran. Nach US-Angaben wurden im Bereich Donezk seit Beginn der Gegenoffensive rund 49 Quadratkilometer von der Ukraine erobert. Jeder Quadratzentimeter wird dabei von Nato-Politikern als Erfolg gewertet. So hielt es die US-Vize-Verteidigungsministerin Hanna Maljar am 11. September 2023 für erwähnenswert, dass rund um Bachmut, rund 2 (!) Quadratkilometer von den ukrainischen Truppen erobert wurden. Wie viele Menschen in diesen Kämpfen starben, gab sie nicht an. Es bleiben weiterhin mehr als 15 Prozent der Fläche von Russland kontrolliert, die die Ukraine als ihr Staatsgebiet betrachtet. Das entspricht in etwa der Fläche von Bayern und Baden-Württemberg.

ZEIT FÜR VERHANDLUNGEN

In Anbetracht dessen ermangelt es den Worten des russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht an einer gewissen Evidenz: »Die Ukraine führt eine sogenannte Gegenoffensive durch. Ergebnisse gibt es natürlich keine.« Wobei eingeschränkt werden muss, dass als Ergebnis der »Offensive« Zehntausende ihr Leben ließen. »Es gibt Bewegung«, beteuerte der ukrainische Präsident Wolodimier Selenski Anfang der Woche.

Die ukrainische Führung setzt auf Zeit. Bis Ende 2024 soll die Gegenoffensive noch anhalten, so der Chef des ukrainischen Geheimdienstes GUR, Kyrylo Budanow am 10. September 2023. Die deutsche Außenministerin Annalena Bärbock (Bündnisgrün) reiste Anfang dieser Woche erneut nach Kiew. Gesprochen wird mittlerweile – nach Helmen, dann Luftabwehr, dann Kampfpanzer, dann Kampfflugzeuge – über die Lieferung von Marschflugkörpern des Typs Taurus. Noch hält sich Bärbock bei diesen Waffen (Reichweite über 500 km, Stückpreis rund eine Millionen Euro) zurück, versprach jedoch, die Ukraine brauche »Waffen mit Reichweite« und werde diese auch bekommen.

Ob der Nato-Westen mit seiner Kriegspolitik noch lange durchhalten kann und will, ist zweifelhaft. Mittlerweile verlautbaren westliche Propagandamedien, dass sich westliche Militärexperten nur noch »durchaus optimistisch« (Merkur) zu den Kriegsanstrengungen der Ukrainer äußern, »westliche Verbündete sollen hinter vorgehaltener Hand am Gelingen der Offensive zweifeln« (Welt). Ob das zur Lieferung von noch mehr und noch schwereren Waffen und einer weiteren Eskalation des Krieges oder zum Ausweichen der Nato-Führung auf ein neues Panikthema führt, ist für kritische Beobachter noch unklar.

ERDOĞAN IN SOTSCHI

Über das Verhältnis von Türkei und Russland sowie das Scheitern des Vermittlers | Von Felix Feistel

Anfang September reiste der türkische Präsident, Recep Tayyip Erdoğan, nach Russland, um sich in Sotschi mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu treffen.

Bei dem Treffen wurden eine Reihe von Themen der Beziehung zwischen den beiden Staaten besprochen. So bekräftigten die beiden Präsidenten die Zusammenarbeit in verschiedenen Sektoren wie dem Tourismus und der Landwirtschaft und auch die Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie spielte eine Rolle. Russland unterstützt die Türkei beim Bau des ersten türkischen Atomkraftwerkes Akkuyu, das aus vier Kraftwerksblöcken bestehen soll.

HUNGER IN DER WELT

Erdoğan war auch nach Sotschi gereist, um eine Fortsetzung des im Juli ausgelaufenen Getreideabkommens mit der Türkei als Vermittlerrolle zu besprechen. Im Rahmen dieses Abkommens hatte Russland es der Ukraine ermöglicht, ihr Getreide über die Schwarzmeerhäfen zu exportieren. Die russische Regierung hatte eine Fortsetzung des Abkommens über den Juli 2023 hinaus abgelehnt, weil der Westen seinen Teil des Abkommens nur teilweise erfüllt hatte und das Getreide zu 70 Prozent nach Europa und Nordamerika exportiert worden war. Nur drei Prozent kamen in Afrika an. Auf der Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen erklärte Putin, dass Russland zu dem Schritt, das Abkommen nicht fortzusetzen, gezwungen worden sei, da der Westen dem Getreide den Zugang zum Weltmarkt verwehrte. Auf diese Weise gelangte das Getreide nicht in die armen Regionen Afrikas und Asiens, für die es eigentlich vorgesehen war. Zudem blockiert der Westen den Zugang russischer Agrarprodukte zum Weltmarkt, obwohl diese von den Sanktionen nicht betroffen sind. Die Getreidekorridore sollen außerdem von der ukrainischen Führung dazu genutzt worden sein, Angriffe auf russische Infrastruktur zu verüben, obwohl eine militärische Nutzung der Korridore vom Abkommen verboten worden war.

Russland sei bereit, das Abkommen jederzeit wieder in Kraft zu treten und könne das binnen weniger Tage tun, wenn alle Bedingungen der Aufhebung russischer Agrarerzeugnisse von den Beschränkungen erfüllt werden, so Putin. Auch sollen die USA den Korridor nicht für Waffenlieferungen an die Ukraine nutzen. Putin und Erdoğan vereinbarten zudem, eine Millionen Tonnen russischen Getreides in der Türkei zu verarbeiten und zu exportieren, um zu einer Stabilisierung der Weltmarktpreise beizutragen. Kiew hatte den türkischen Präsidenten zuvor ermahnt, sich nicht auf diese russische Initiative einzulassen. Zudem erklärte Putin, dass Russland die Vorbereitung der kostenlosen Lieferung von Getreide an sechs afrikanische Länder beinahe abgeschlossen habe. Diese Zusicherung hatte er auf dem Russland-Afrika Gipfel Ende Juli in Sankt Petersburg gemacht.

KEIN DEAL

Seine für sich beanspruchte Vermittlerrolle konnte Erdoğan jedoch nicht ausfüllen. Zu einer Neuauflage des Getreideabkommens kam es nicht. Auch gegen die von den USA vorgeschlagenen Alternativrouten im Schwarzen Meer für die Getreidelieferungen sprachen sich beide Präsidenten aus, da sie eine weitere Destabilisierung im Schwarzen Meer befürchteten.

Das Verhältnis zwischen Russland und der Türkei hatte sich in den letzten Monaten abgekühlt, seit sich Erdoğan auf dem Nato-Gipfeltreffen in Vilnius Mitte Juli 2023 prinzipiell für eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine ausgesprochen und seinen Widerstand gegen die Aufnahme Schwedens aufgegeben hatte. Zudem hat Erdoğan im Juli entgegen früherer Absprachen und ohne Rücksprache mit dem Kreml in der Türkei internierten Kommandeuren des rechtsextremen Asow-Battaillons die Rückkehr in die Ukraine ermöglicht.


Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

UN SAGT: KEIN VÖLKERMORD

New York/DW. Ein am 4. September vorgelegter Bericht der UN-Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass es keine Beweise für einen bewussten Völkermord seitens der russischen Armee in der Ukraine gibt. Das berichtete *Euronews*. Demnach erklärte der Leiter der Untersuchungsgruppe, der Norweger Erik Møse, dass sie keine Beweise für einen Völkermord gefunden hätten, obwohl man allen Arten von Beweisen nachgehe. Weitere Untersuchungen seien laut Bericht jedoch notwendig. In Deutschland war das »Leugnen« von Völkermord unter Strafe gestellt worden. (ff)

NATO MUSS ZURÜCKTRETEN

Neu-Delhi/DW. Vertreter der Regierungen der sogenannten G20-Staaten kamen vom 9. bis 10. September in Indien zusammen, um zu beratschlagen und zu verhandeln. Dabei kam sogar eine gemeinsame Abschlusserklärung zustande, die sowohl von Russland als auch von den teilnehmenden Nato-Staaten unterzeichnet wurde. Dass es gelang, der Nato erhebliche Zugeständnisse bei der Erklärung abzuhandeln, wird als Zeichen für das steigende politische, wirtschaftliche und militärische Gewicht von Staaten wie Indien und China gedeutet. (hes

»CORO
SIE WERDEN ES
WIEDER VE

Dr. Michael Spitzbart betreibt im öster
Er gehörte zu den wenigen Ärzten, die sich währen
positioniert haben. Ein Gespräch über das,
was uns demnächst bevorstehen



Der Doc weiß, wie man es schafft, in diesen Zeiten nicht durchzudrehen: »Ich genieße es, in der Natur zu sein. Wenn ich s

DW: Herr Dr. Spitzbart, bitte stellen Sie sich kurz vor.
Dr. Michael Spitzbart: Ich wurde 1957 in Düsseldorf geboren, bin Facharzt für präventive und orthomolekulare Medizin, studierte einst in den USA und an verschiedenen deutschen Universitäten, war dann zunächst mehrere Jahre als Chirurg tätig. Nach Stationen in Nürnberg, Rosenheim und Bad Aibling betreibe ich seit rund acht Jahren im österreichischen Pöndorf nahe Salzburg die erste Praxis für Gesunde in Österreich, bin mehr Gesundheitscoach als Arzt. Mein Motto lautet: Richtig ist, sich um die Gesundheit zu kümmern, bevor die Krankheit eintrifft.

DW: Das heißt, Ihre Patienten sind nicht krank?
M.S.: Nehmen wir den heutigen Tag als Beispiel: Da war ein Drittel meiner Patienten zur Prävention da, zwei Drittel hatten akute Leiden wie Krebs oder Depressionen. Viele kommen zu mir, weil sie weg wollen von chemischen Medikamenten und sich natürliche Behandlungsmöglichkeiten wünschen.

DW: Im Gesundheitswesen haben wir längst eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Warum haben Sie eine Privatpraxis?
M.S.: Weil sich keine Krankenkasse berufen fühlt, meine Leistungen und die Parameter, die ich messe, zu übernehmen. Der Mensch verfügt über 47 essentielle Substanzen, u. a. Aminosäuren, Mineralstoffe, Vitamine, Eiweiß. Sie alle sind für den Körper lebensnotwendig. Laut allgemeiner Lehrmeinung heißt es, dass von diesen Stoffen jeder Mensch genügend im Körper habe, so dass sie nicht gemessen werden müssen. Aus Sicht der Kassen ist es also ein unnützes Privatvergnügen. Dabei kann ein Mangel von nur einem dieser Stoffe zu Müdigkeit, Abgeschlagenheit und diversen Erkrankungen führen.

DW: Anstatt Krankheiten zunächst mit natürlichen Substanzen zu behandeln, greifen die meisten Ärzte lieber direkt zur Chemiekeule, oder?
M.S.: Mal ein ganz banales Beispiel: 1998 gab es den Nobelpreis Medizin für die Feststellung, dass die Aminosäure Arginin sehr effektiv den Blutdruck senkt. Doch diese Erkenntnis hat die Arztpraxen bis heute nicht erreicht. Stattdessen werden bei Bluthochdruck Beta-Blocker und Calciumantagonisten verschrieben, die schwere Nebenwirkungen haben. Der Grund: Sie bringen viel Geld ein. Natürliche Stoffe wie Arginin kann sich *Big Pharma* dagegen nicht patentieren lassen. Hinzu kommt: Die meisten Humanmediziner kennen sich mit Biochemie gar nicht aus, die lachen darüber. Dabei wirkt Arginin nicht nur sehr effektiv, sondern hat zudem ausschließlich positive Nebenwirkungen. Aber die Pharmalobby ist nicht an gesunden Menschen interessiert, mit chronisch Kranken lässt sich die meiste Kohle verdienen.

DW: Ein anderer Milliardenmarkt für die Pharmaindustrie sind Statine, die von den Ärzten bei zu hohen Cholesterinwerten gerne und oft verschrieben werden …
M.S.: Cholesterin wird grundsätzlich überbewertet. Ein hoher Cholesterinwert allein bringt niemanden um. Auch andere Werte spielen hierbei eine wichtige Rolle: Triglyceride, Lipoprotein und Homocystein. Man muss schauen: Hat man die Hypercholesterinämie geerbt oder ist sie Folge eines ungesunden Lebensstils? Statine haben praktisch keine Wirkung – bei Männern reduziert sich das Risiko eines Herz- oder Schlaganfalls um 1,7 Prozent, bei Frauen um null Prozent. Das ist wissenschaftlich belegt. Die Pharmaindustrie berechnet eben immer nur den relativen, nicht den absoluten Nutzen. So hat man es bekanntlich auch bei den Corona-Impfstoffen gemacht.

DW: Dabei senken Statine doch nachweislich die Cholesterinwerte.
M.S.: Stimmt, das ist deutlich messbar, aber nur reine Kosmetik. Das Krankheitsrisiko bleibt. Um ein Vielfaches besser als Statine wirken natürliche Blutfettsenker wie Omega-3, Folsäure, die Vitamine C und E. Ausdauersport kann helfen, ebenso eine gesunde Ernährung. Nehmen wir indische Flohsamen als Beispiel: Diese stecken voller Ballaststoffe, die dem Blut Gallensäuren entziehen, welche dann aus Cholesterin nachproduziert werden. Über diesen Umweg wird dem Blut Cholesterin entzogen. Statine dagegen wirken nicht und können zudem schlimmste Nebenwirkungen verursachen, etwa Muskelschwund und infolgedessen verstopfte Nieren. Da hängt ein ganzer Rattenschwanz dran.

DW: Die maximalen Richtwerte für Cholesterin wurden in der Vergangenheit sukzessive nach unten korrigiert.
M.S.: Clever, nicht wahr? So kommen über Nacht immer mehr Patienten hinzu, die eigentlich kerngesund sind. Die Fachgesellschaften, die diese Grenzwerte festlegen, sind von Pharmalobbyisten unterwandert, weshalb dieses Vorgehen nicht verwundert.

DW: Als einen wesentlichen Baustein für die Gesundheit empfehlen Sie ketogene Ernährung. Warum?
M.S.: Man muss sich nur die Evolution des Menschen ansehen: Die Ernährung war über Millionen Jahre nahezu identisch. Erst in den vergangenen 150 bis 200 Jahren explodierte der Konsum von Kohlenhydraten und Zucker und damit gleichzeitig schwerwiegende Erkrankungen wie zum Beispiel Krebs. Dabei müssten wir uns nur so ernähren, wie es uns die Natur vorgegeben hat – eben ohne Kohlenhydrate. Diese wandeln sich im Körper zu Zucker um, der wiederum fördert Entzündungen im Körper, die zu langfristigen Schäden führen können. Deshalb ist es für die Gesundheit förderlich, wenn man u. a. auf Getreideprodukte, Backwaren, Kartoffeln, Reis, Obst verzichtet, stattdessen etwa viel Gemüse, gute Fette, Fisch, Eier, Fleisch, Geflügel vorzieht.

DW: Sie raten zu einer zwei- bis drei monatigen *No-Carb*-Kur jährlich. Erklären Sie bitte, was die bewirkt.
M.S.: Man geht quasi zurück auf die Werkseinstellung. Bei Patienten mit chronischen Erkrankungen wie Rheuma, Asthma oder Autoimmunerkrankungen werden die Krankheitsbilder durch die genetisch korrekte Ernährung schwächer oder brennen sogar komplett aus. Auch Krebs lässt sich so vorbeugen. In jedem von uns entstehen täglich Krebszellen, die durch Kohlenhydrate gefüttert werden. Mit einer *No-Carb*-Kur lassen sich diese Krebszellen im Frühstadium weghungern. Macht man sie einmal jährlich, ist die Wahrscheinlichkeit an Krebs zu erkranken relativ gering. Patienten, die bereits erkrankt sind, rate ich, die Kur mindestens ein halbes Jahr konsequent durchzuziehen. Dies kann Wunder bewirken.

DW: Fleisch wird zunehmend in Verruf gebracht …
M.S.: Das ist mir egal. Wichtig ist: Man sollte nur Tiere essen, die ihr Futter selbst gesucht haben, also Biofleisch oder Wild. Ein Weideochse hat in etwa soviel Omega-3 wie ein Fisch, zudem viele essentielle Aminosäuren. Fleisch aus Masttierhaltung dagegen ist ungesund.

»FÜR SEINE GESUNDHEIT IST JEDER MENSCH SELBST VERANTWORTLICH«

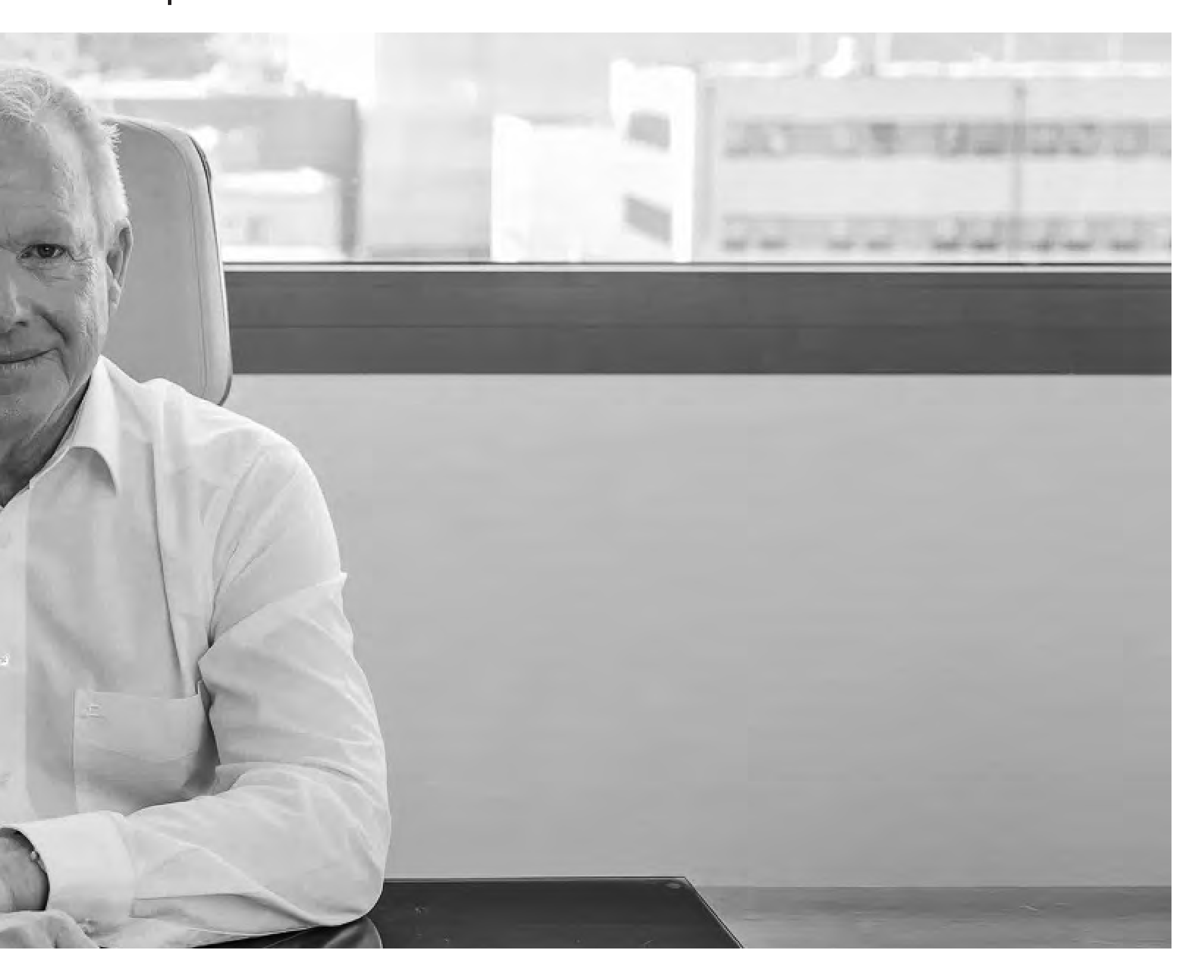
DW: Gesundheitsvorsorge findet in den meisten Arztpraxen nicht statt. Warum nicht?
M.S.: Für seine Gesundheit ist jeder Mensch selbst verantwortlich. Eigeninitiative ist unerlässlich. Die Humanärzte werden nur ausgebildet, um Krankheitssymptome zu behandeln, jedoch nicht deren Ursachen. In anderen Berufen macht man das nicht: Findet ein Klempner an einer Wand eine nasse Stelle, schlägt er diese nicht einfach auf, sondern geht der Feuchtigkeit auf den Grund und prüft, wo sie herkommt.

DW: Sie gehören zu den Ärzten, die sich gegen das Corona-Narrativ gestellt haben. Warum waren es so wenige?
M.S.: Auf viele meiner Kollegen bin ich nicht stolz. Früher während meines Studiums erzählte man sich einen Witz: »Gib einem Physikstudenten eine Formelsammlung und sag ihm, er solle sie auswendig lernen, dann fragt er: Wieso? Schließlich wüsste er, wo er die Formeln nachschlagen könne, wenn er sie brauche. Gib einem Medizinstudenten das Telefonbuch seiner Heimatstadt und sag ihm, er solle es auswendig lernen, dann antwortet er: Bis wann?« Das ist nur ein Witz, der kolportiert aber, wie ein Mediziner denkt: Er fragt nicht nach, sondern macht einfach das, was ihm aufgetragen wurde, selbst wenn es gar keinen Sinn ergibt.

DW: Ihr Kollege, der Psychoneuroimmunologe Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, sprach in DW-Ausgabe 144 von einer Maschinenmedizin, weil viele Ärzte bei ihren Patienten Körper, Geist und Seele trennen und den Menschen nicht ganzheitlich betrachten.
M.S.: Dem stimme ich zu. Humanmediziner lernen an der Uni alles über die einzelnen Organe. Wenn später Menschen in ihre Praxis kommen, sind sie überfordert. Für den Geist ihrer Patienten haben sie nur Psychopharmaka zur Verfügung, für die Seele gar nichts. Viele hätten besser Maschinenbau studiert. Heute hatte ich eine an

ONA?
S GANZ SICHER
RSUCHEN!«

reichischen Pöndorf eine Privatpraxis.
d der Plandemie von Anfang an gegen das Narrativ
, was im Gesundheitswesen schiefläuft und
könnte | Interview von Klaus Müller



sehe, wie alles wächst und gedeiht, die Fische springen, die Enten herumlaufen, kann ich prima auftanken.« Foto: privat.

Lungenkrebs erkrankte Patientin in meiner Praxis. Ihr Arzt sagte ihr, sie hätte nur noch vier Monate zu leben. Inzwischen sind sechs Monate vergangen und sie ist immer noch relativ fidel. Wie kann man bloß eine derartige Prognose abgeben? Kein Mensch kann in die Zukunft schauen. Krebsspezialist Professor Dr. Walter Michael Gallmeier sagte mal: Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist. Es gibt Menschen, die sind angeblich dem Tode geweiht, springen ihm dennoch von der Schippe. Von denen können wir lernen.

DW: Auf der Diffamierungsplattform Wikipedia heißt es, Sie hätten das Coronavirus verharmlost und es mit einer Grippe verglichen. Öffentlich angegangen wurden Sie auch, weil Sie Vitamin C zur Abtötung von Coronaviren empfohlen haben …

M.S.: Während Corona soll es angeblich keine Grippe mehr gegeben haben. Das ist grober Unfug. Sie wurde einfach umetikettiert. John Ioannidis hat sich ganz ähnlich geäußert. Er war bis dato einer der renommiertesten Wissenschaftler weltweit, plötzlich galt er als umstritten. Die meisten Journalisten machen heute leider nicht mehr ihren Job, sondern verbreiten nur noch Propaganda und diffamieren Menschen, die gegen das gängige Narrativ sprechen. Was Vitamin C betrifft: Ich kann jedes einzelne Wort belegen. In China wurden schwer an Corona erkrankte Patienten intravenös mit Vitamin C behandelt. Nur wenige Stunden später konnten sie bereits die Intensivstation verlassen.

DW: Warum wurde es bei uns nicht eingesetzt?

M.S.: Für Vitamin C gilt, was auch für Ivermectin gilt: Hätte es ein Medikament gegen Corona gegeben, wären alle Argumente für eine Notfallzulassung der Impfung ins Leere gelaufen. Aber der Plan war ganz offensichtlich, dass man die mRNA-Stoffe unbedingt auf den Markt bringen wollte. Die komplette Corona-Geschichte war von vorne bis hinten geplant. Man denke an die Schweingrippe 2009 mit denselben Protagonisten und an den Event 201 im Oktober 2019. Da haben sie die Corona-Pandemie in New York bereits vor deren Ausbruch geprobt und verfügten dann Monate später nicht einmal über die Kreativität, ihr einen anderen Namen zu geben.

DW: Sahen Sie sich durch Ihre Äußerungen Repressalien ausgesetzt?

M.S.: Es wurden seitens der Ärztekammer mehrere Verfahren gegen mich angestrengt. Ich bin in allen Fällen in Revision gegangen und habe gewonnen. Letztlich ging es nur darum, mich zu disziplinieren, mich einzuschüchtern. Klappte aber nicht. Die Ärztekammer hatte sich schon vor Einführung der Impfung verpflichtet, gegen Ärzte vorzugehen, die dagegen sprechen. Die haben also im vorauseilenden Gehorsam ihre Seele verkauft. Man wollte jegliche Diskussion im Keim ersticken. In Amerika gab es nur noch Fauci, in Deutschland nur noch Drosten und Wieler. Alle Wissenschaftler, die Skepsis und Kritik äußerten, galten plötzlich als Schwurbler.

DW: Parallel mit dem Beginn der Corona-Impfungen setzte eine Übersterblichkeit ein, die bis heute anhält. Hängt diese Ihrer Meinung nach eher mit den Maßnahmen oder mit der Impfung zusammen?

M.S.: Sowohl als auch. Bei Corona hat man alles, was man falsch machen konnte, falsch gemacht: Man erzeugte Angst, was dem Immunsystem schadete. Dann sollten wir zu Hause bleiben, obwohl zu wenig Bewegung ebenfalls kontraproduktiv ist. Schließlich sollten wir alles desinfizieren. Dabei weiß jeder, dass permanente kleine Infektionen das Immunsystem stabil halten. In einer keimfreien Umgebung schläft es ein, dann haben Viren leichtes Spiel und schlagen mit voller Wucht zu. Die Impfung halte ich für sehr gefährlich. Sie ist ein Verbrechen an der Menschheit. Man kann nur hoffen, dass ein Großteil der Geimpften eine schlechte Charge erwischt hat, so dass die Stoffe nicht ihre volle Wirkung entfalten. Ich habe viele Patienten, die sehr unter den Folgen der Impfung leiden. Und dass so viele Sportler umkippen, überrascht mich nicht.

»ES GIBT NUR EINEN WEG:
ZIVILER UNGEHORSAM«

DW: Warum nicht?

M.S.: Je trainierter die Menschen sind, desto gefährlicher sind die Injektionen. Der Grund: Die durch mehr Muskelmasse bedingte bessere Durchblutung sorgt dafür, dass die Spikeproteine und Nanopartikel umso schneller im ganzen Körper verteilt werden.

DW: Politik und Leitmedien schüren derzeit wieder Panik. Teilweise wird bereits empfohlen, erneut Maske zu tragen. Wie finden Sie das?

M.S.: Ich habe den Mundschutz nie getragen, meine Mitarbeiter auch nicht. Ich hatte es jedem freigestellt, auch meinen Patienten. Eine einzige Patientin bestand darauf, die Maske zu tragen – das war eine Medizinerin.

DW: Rechnen Sie damit, dass es nun im Herbst mit Corona wieder losgeht?

M.S.: Ich bin überzeugt: Sie werden es ganz sicher wieder versuchen. Aber sie müssten einen enormen medialen Aufwand betreiben und noch mehr Angst erzeugen als beim letzten Mal. Ich glaube, 40 Prozent machen wieder mit, tappen erneut in die Falle, aber eine Mehrheit von 60 Prozent hat das böse Spiel durchschaut. Ich habe neulich einen schönen Spruch gelesen: »Die Maus ist tot, weil sie nicht verstand, warum der Käse gratis war.« Man kann Käse durch Bratwurst ersetzen. Letztlich gibt es nur einen Weg, um zu verhindern, was die globale Elite mit uns vorhat und der heißt: Ziviler Ungehorsam.

DW: Herr Dr. Spitzbart, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Das Letzte – von Anselm Lenz

LIEBE DAMEN, NICHT ABSCHÄTZIG BETRACHTETE HERREN, HALLO KINDER!

Seit Langem warteten wir auf ein Zeichen Sahra Wagenknechts. Würde die große Politikerin und Buchautorin ihre jahrelangen Andeutungen der Kritik an der Corona-Lüge, dem Spritzengenozid und dem neoliberalen Putschversuch auf den Punkt bringen – und sich bedingungslos an die Seite der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 stellen? Immerhin die zahlenmäßig größte demokratische Erhebung in allen Jahrhunderten der deutschen Geschichte (w.z.b.w.).

Gemeinsam mit der international hoch angesehenen Intellektuellen Alice Schwarzer kam dann das erste große Zeichen. Wagenknecht mobilisierte zur Großdemonstration in Berlin. Es sei »ihre erste Demo« überhaupt gewesen, die sie selber und mit ihrem Stab organisiert habe, so Wagenknecht nach dem Samstag in Berlin mit weit mehr als »20.000« Demonstranten (vgl. die Angaben des glühenden Antisemiten und Lügners vom RBB, Olaf Sundermayer bzgl. Querdenken usw.).

Die um die 200.000 Teilnehmer beim »Aufstand für den Frieden« im Februar 2023 (NichtOhneUns.de mobilisierte und DW berichtete vor Ort) speisten sich zu 80 Prozent aus der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020, deren Initiatoren und Gründer nunmal Hendrik Sodenkamp, Uli Gellermann und Anselm Lenz heißen. Und dazu kommen Zehntausende weitere eigenverantwortliche Gründerinnen und Initiatorinnen, denn von Beginn an riefen wir zur »Multitude« der Dezentralität auf. Denn: »Allein machen sie dich ein!«

Und so stochert des hochkriminelle Spritzenmörder- und Kriegsregime seither im für die überbezahlten Funktionäre völlig unbekannten: Dem Volk. Immer auf der Suche nach dem einen Anführer, dem einen Telegram-Kanal, dem einen Problem, das nur noch ausgemerzt werden müsse, um endlich freie Bahn zum Durchregieren ohne Verfassung und ohne Demokratischen Widerstand zu haben. Wie alle Fürsten vor dem Fall sagen die Speichellecker bei Hofe: »Wann begreifen die Leute endlich, dass sie hier nichts zu sagen haben?«

Der Fünf-Punkte-Plan der Demokratiebewegung ist von Beginn an da, glasklar und immer mehr Menschen schwören darauf (siehe Seite 2). – Wird sich Sahra Wagenknecht nun auch zu unserer parlamentarischen »Anwältin« machen? Die Chance ist für sie günstig, aber die neue Friedens- und Demokratiebewegung – gestählt aus bald vier Jahren des Kampfes gegen den Terrorstaat – nicht mit einem Luftkuß allein zu gewinnen. Wir zählen weiterhin auf die Bewegung weit mehr, als auf einzelne Personen, freuen uns aber über Wagenknechts Solidarität! JETZT den DW unterstützen!

Hochachtungsvoll herzlich
mit solidarischen Grüßen,

Anselm Lenz
Journalist, Verleger, Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020

HETZER GEGEN KUNST

Wie eine freiheitliche Kunstausstellung drangsaliert wurde | Von Batseba N'Diaye

Vom 7. bis zum 9. September 2023 fand in Berlin ein Kunstfestival statt von Künstlern aus der Demokratiebewegung, die sich in der Internationalen Agentur für Freiheit (IAFF) organisieren. Diese war 2022 gegründet worden. Selbst eine Kunstausstellung konnte nicht ohne Verfolgung des Regimes durchgeführt werden.

Ausstellende Künstler waren Clement Loisel, Tina Zimmermann, Raymond Unger, Jill Sandjaja, Michal Lezian, Sandra Doornbos, André Kramer, Ania Hardukiewicz und Ralph Schmid. Begleitet wurde die Ausstellung durch ein musikalisches Rahmenprogrramm, so spielten unter anderem Jens Fischer Rodrian mit Familie und Basis Band, André Krengel und Cathrin Pfeiffer.

Im Vorfeld der Ausstellung waren in der Tageszeitung *taz* mehrere Artikel des neofaschistisch agierenden Journalisten Erik Peter erschienen, in denen er die demokratischen Künstler als gemeingefährliche Sozialschädlinge darstellte, die es auszugrenzen, zu verfolgen und zu vertreiben gilt. Wohl im Verbund mit bündnisgrünen Parteifreunden stachelte er das städtische Festival »Kunstwoche Berlin« *(Berlin Art Week)* an, die Künstler der IAFF zu verklagen, da diese sich die künstlerische Freiheit genommen hatten, ihre Veranstaltung »Kunstwochenende Berlin« *(Berlin Art Weekend)* zu nennen und in ihrem Layout in künstlerischer Spielerei Anleihen bei der Berliner Lokalgröße genommen hatten.

SO LÄUFT'S

Die Vorsitzende des IAFF, Jill Sandjaja wurde am Morgen des 7. September 2023 von einem Gerichtsvollzieher geweckt, der in ihre Privaträume eindrang und ihr eine gerichtliche Unterlassungserklärung überreichte. Der zweiten Vorsitzenden des Vereins IAFF lauerten am selben Tag ebenfalls Gerichtsvollzieher am Ausstellungsort auf, um ihr diese Unterlassungserklärung zu überreichen. Sie war mit einer fünfstelligen Strafandrohung versehen, sollte die IAFF es wagen, weiterhin das bisherige Layout zu verwenden. Im Schreiben wurde sich sogar erdreistet, mit einer sechsmonatigen Haftstrafe zu drohen. – Zum Vergleich: Die *Berlin Art Week* wird mit Millionenbeträgen von der Regierung gefördert, das *Kunstwochenende Berlin* wurde allein aus Mitteln des neuen und noch kleinen Kunstvereins bestritten.


Aus dem Unterbewusstsein: Der Therapeut, Bestseller-Autor und Maler Raymond Unger stellte am vergangenen Wochenende mit weiteren oppositionellen Künstlern in Berlin aus. Bild: Catch 19, Raymond Unger, 120 x 160 cm, 2020.

Die perversen Vorgänge wurden leider bei der Veranstaltung nicht offen thematisiert, sondern nur in persönlichen Gesprächen. Und in den Werken. So hing mit dem Bild (siehe oben) *Catch 19* (120 x 160 cm) von Raymond Unger ein Bild an den Wänden der Musikbrauerei, das den Charakter der neofaschistischen Kunstfeinde à la Peter ziemlich treffend darzustellen wusste.

Die Ausstellung war überaus gut besucht, die Gäste genossen sichtlich das Engagement der Künster. Die Hetzkampagne des Apparats lief somit vorerst ins Leere.

OFFENLEGUNG: Von journalistischer Distanz kann bei diesem Artikel keine Rede sein, denn auch der DW-Mitherausgeber Hendrik Sodenkamp wurde am Morgen des 7. September 2023 vom Gerichtsvollzieher geweckt, da er der Partner von Jill Sandjaja ist. Diese Beziehung war für Erik Peter, neben der freiheitlichen Ausrichtung der Künstlervereinigung, einer der Anlässe (Kontaktschuld) bereits vor Monaten gegen die Künstler eine Hatz zu starten



ZITAT DER WOCHE

Foto: Commons

»Wird in Deutschland eine Weltmeisterschaft eigentlich juristisch anerkannt, wenn die Spieler während des Turniers keine Regenbogenbinde getragen haben? Ich gratuliere natürlich. Aber okay war das nicht.«

Vince Ebert, Kabarettist, via Facebook zum WM-Titel der deutschen Basketball-Nationalmannschaft

Hin Da! KULTURKALENDER

17.09.2023 • Freital; Freizeitzentrum Hains (überdachte Freifläche), An der Kleinbahn 24, 01705 Freital • VORTRAG • »Nur die Wahrheit zählt. Wie wir aus der Krise kommen« von Peter Hahne • 15:00 Uhr, Einlass 14:00 Uhr, Beginn15:00 Uhr • Eintritt frei, Spende erbeten

17.09.2023 • Villingen-Schwenningen; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter *krasser.guru, Infos: soufisticated.net*

18.09.2023 • Pforzheim; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter *krasser.guru*, Infos: *soufisticated.net*

23.09.2023 • Annweiler; Restaurant s'Reiwerle, Flitschberg 7, 76588 Annweiler • VORTRAG • »Corona-Täter« von Ralf Ludwig • Einlass ab 17:00 Uhr • Eintritt frei, Reservierung unter 06346 929362

23.09.2023 • Templin; Seniorenlandsitz »An der Buschheide«, Dargersdorfer Str. 123, 17268 Templin • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber. Die Bergpredigt in der Zeitenwende« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr, Einlass ab 17:15 Uhr • Voranmeldung in Form einer Überweisung von mindestens 5€ auf das Konto des FEBiD e.V., Volksbank Uckermark GENODEF1PZ1, IBAN: DE59 1509 1704 0121 8687 09

25.09.2023 • Bad Dürkheim; Salierhalle, Kurbrunnenstr. 32, 67098 Bad Dürkheim • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter *krasser.guru*

03.10.2023 • Oberlungwitz; Ankerberg, Goldbachstr., 09353 Ankerberg • FREILUFT VORTRAG • »Ohne Gott geht die Welt bankrott« von Peter Hahne • 14:00 Uhr • Eintritt frei, Spende erbeten

14.10.2023 • Hamburg; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 27€ unter *krasser.guru*, Infos: *soufisticated.net*

20.10.2023 • München; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter *krasser.guru*, Infos: *soufisticated.net*

21.10.2023 • München; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • WORKSHOP • »Angst essen Freiheit auf!« von und mit Kayvan Soufi-Siavash • 10:00 Uhr – 17:00Uhr • Tickets:180€ unter *krasser.guru*, Infos: *soufisticated.net*

22.10.2023 • Rosenheim; Kulturkongress, Kufsteiner Str. 4, 83022 Rosenheim • COMEDY-SHOW • »Spitze Zungen oder: Ist Satire noch erlaubt?« mit Lisa Fitz, Uwe Steimle, Marco Rima und anderen • Einlass ab 18:00 Uhr, Beginn 19:00 Uhr • Tickets ab 39€ unter friedensweg.ticket.io

26.10.2023 • Würzburg; Congress Centrum, Pleichertorstraße, 97070 Würzburg • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:30 Uhr • Tickets: 29€ unter *friedensweg.ticket.io*

27.10.2023 • Osterhofen; Hambacher Kulturförderverein e.V. / Donaucenter Schubert, Donau-Gewerbepark 24, 94486 Osterhofen • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:00 Uhr • Tickets: 39€ unter *friedensweg.ticket.io*

29.10.2023 • Erding; Stadthalle, Alois-Schießl-Platz 1, 85435 Erding • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:00 Uhr • AUSVERKAUFT

01.07.-31.10.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • «Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens« Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, *wichowaka@outlook.de*

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1

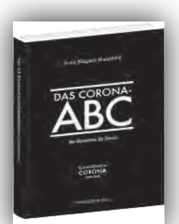


CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



DAS PUBLIKUM STIMMT AB

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

»Wir müssen die linke Gegenöffentlichkeit retten«, ruft die *taz*. Inflation, Druckkosten, Papierpreise. Und kein Konzern als Sponsor in Sicht. Das eigene Versagen wird dabei genauso ausgeblendet wie die neue Gegenöffentlichkeit.

Jammern hat schon immer dazugehört. Wir Linken, wir sind arm dran. Müssen uns »unter Wert« verkaufen, wenn es um »publizistische Projekte« geht. Aber wer soll es sonst tun? »Wer berichtet über Armut und Arbeitskämpfe«, »über Machtmissbrauch und Korruption«, über »illegale *Pushbacks*« gar?

Die Leser dieser Zeitung haben eine Antwort, die die *taz* nicht gelten lassen würde. »Es sind keine guten Wochen für das, was einmal als Gegenöffentlichkeit galt«, schreibt Caspar Shaller dort. Erst das *Neue Deutschland* und das *Missy Magazine*. Und jetzt auch noch *Titanic* und *Katapult*. Alle gerade insolvent, auf der Jagd nach rettenden Abos oder schon am Ende wie Oxi, ein Monatsheft zu Wirtschaftsthemen, das es seit August nur noch im Internet gibt.

Woran das liegt, muss ich an dieser Stelle nicht erklären. *Katapult*, um nur ein Beispiel zu nennen, wollte meine Landsleute im Nordosten umerziehen und hat sich am Nordkurier abgearbeitet, einem dieser schlimmen Blätter mit den riesigen Werbeetats im Rücken, wo doch tatsächlich hin und wieder Kritik an der Coronapolitik zu finden war. Heilige Einfalt. Die *taz* und ihre Genossen glauben offenbar immer noch, dass sie das Monopol auf das Label »gesellschaftskritische Medien« haben, und merken gar nicht, dass es keinen Mut braucht, um im Namen der Regierung gegen die »Rechten« zu kämpfen und dabei auch auf Herausgeber und Autoren der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* einzuprügeln.

Das Publikum scheint da sensibler. Ich war Ende August beim Sommerfest von *Nuoviso*, einem der Portale, wo das gelebt wird, was die *taz* immer noch für sich reklamiert. Vorträge, die sonst nirgendwo zu sehen sind. Musik, die kein Gebührenradio spielt. Eine *Talkshow*, die Spirituelles und Gefühle neben die großen Fragen stellte, Kayvan Soufi-Siavash ausreden ließ und ganz ohne Gendersternchen auskam. Die Stimmung war entspannt und heiter. 600 Menschen, die für die vielen stehen, die die neue Gegenöffentlichkeit tragen.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



BEFREIT VON BITTERKEIT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Michael Schuch

»Lasst unter euch nicht eine Wurzel aufwachsen, die da Gift und Wermut hervorbringt« (5. Mose 29,17). Mit diesem Wort warnt Gott sein Volk vor der zerstörerischen Wirkung des Götzendienstes. Haben sich das Gift und der Wermut erst einmal im ganzen Baum, also in der Gesellschaft, ausgebreitet, so ist eine natürliche Folge die Rechtsbeugung: »die ihr das Recht in Wermut verwandelt und die Gerechtigkeit zu Boden gestoßen habt« (Amos 5,7).

Unsere Regierung hat uns in der Zeit des Coronawahns das Leben bitter gemacht. Und sie hört nicht auf damit. Wer sich als Arzt oder Richter vor Asklepios und Hygieia nicht niederwerfen wollte, wird immer noch juristisch verfolgt. Bis heute werden Zwangsgelder von Eltern erpresst, die ihre Kinder aus der Schule nahmen, um sie vor gesundheitsgefährdenden Regelungen zu schützen. Oder die fanatisch vorangetriebene Dekarbonisierung zu Lasten der Wirtschaft und der privaten Haushalte: Götzenopfer des 21. Jahrhunderts, die man uns auf dem Altar der Klimareligion darzubringen zwingt. Gründe, verbittert zu sein, gibt es also mehr als genug. Aber wenn die Toxizität des verabreichten Wermuts weiter ansteigt, wie können wir unsere Seele dauerhaft und wirksam vor Vergiftung schützen?

Als das Volk Israel kurz nach dem Auszug aus Ägypten halb verdurstet eine Oase erreichte, konnten sie »das Wasser von Mara nicht trinken, denn es war sehr bitter« (2. Mose 15,23). Und sofort murrten die Leute gegen Mose. Dieser »schrie zu dem Herrn, und der Herr zeigte ihm ein Holz; das warf er ins Wasser, da wurde es süß« (2. Mose 15,25).

Dieses Stück Holz hat eine besondere Bedeutung. Im Kontext von 1. Korinther 10 erkennen wir, dass es ein Bild für das Kreuz Christi ist. Er, der die ultimative Bitterkeit des Todes für uns schmeckte, hat unser »Lebenswasser« wieder süß, wieder genießbar gemacht. Wenn wir das im Glauben annehmen, ist der Weg frei, täglich zu Jesus zu kommen und lebendiges Wasser zu trinken (Johannes 4,10) – und so immer wieder neu die Wirkung des Wermuts zu neutralisieren. Dann ist es möglich, inmitten einer von Götzendienst durchdrungenen Gesellschaft unbeugsam Widerstand zu leisten, ohne dabei zu verbittern und ohne Bitterkeit weiterzugeben. Dann ist es möglich, ein Segen für andere zu sein und die Verheißung aus Johannes 7,38 sichtbar werden zu lassen: »Wer an mich glaubt, wird erfahren, was die Heilige Schrift sagt: Von seinem Inneren wird Leben spendendes Wasser ausgehen wie ein starker Strom.«

Der Autor ist SAP-Berater und wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall. Er kann über die Emailadresse anti.pas@gmx.de angeschrieben werden.



SPORT MIT BERTHOLD

VÖLLER ZOG DIE NOTBREMSE

Die deutsche Nationalmannschaft verlor im Test-Heimspiel in Wolfsburg gegen Japan verdient mit 1:4. Die Mannschaft war total verunsichert, fast alle Spieler, bis auf Torhüter Marc-André ter Stegen, spielten seit Längerem im DFB-Dress weit unter der Form, die sie sonst in Ihren Vereinen abrufen.

Nach dem Ausscheiden in der Vorrunde der Fußballweltmeisterschaft in Katar hätte der DFB sofort handeln müssen. Da wäre etwa ein Thomas Tuchel als Teamchef noch verfügbar gewesen. Zu hinterfragen ist, warum er nicht in Betracht gezogen wurde. Gibt es vielleicht Vorbehalte von Hans-Joachim Watzke? Der Multifunktionär ist ja omnipräsent im deutschen Fussball.

Welche Rolle spielte eigentlich die ins Leben gerufene »Task Force«? Wurden nur Mängel verwaltet, bis das Fass übergelaufen und eine Entlassung des Löw-Assis und -Nachfolgers Hansi Flick alternativlos war? Hansi Flick wusste vor dem Japan-Spiel, dass er keinen Kredit mehr hatte. Er wurde an der Leistung seiner Mannschaft und den Ergebnissen gemessen. Beides stimmte schon lange nicht mehr.

Der deutsche Fußball hat ein Strukturproblem, sowohl in der Verbandszentrale als auch auf Landesebene. Es bedarf einer kompletten Sanierung. Den Funktionären fehlt es an Fussballsachverstand, dazu kommt noch die Überalterung auf den meisten Positionen im Verband. Es müssen die Besten auf den Schlüsselpositionen arbeiten und nicht die Genehmsten. Es kann doch nicht sein, dass das Wohl des deutschen Fußball nur am Bundestrainer festgemacht wird!

DER DFB BRAUCHT SANIERUNG

Auf der anderen Seite hängt das wirtschaftliche Wohl des DFB an der Herren-Nationalmannschaft, durch den neuen Grundlagenvertrag mit der DFL ist diese Abhängigkeit nun etwas reduziert worden. Aber letztlich zählt nur das, was auf dem Platz geschieht. Die deutschen Tugenden, die deutsche Mannschaften immer auszeichneten, gehen verloren, wie auch in unserer Gesellschaft. Der Fußball ist ein Spiegelbild der Gesellschaft, damit ist alles gesagt. Für das zweite Testspiel der Woche gegen das Team aus Frankreich übernahm Rudi Völler den Trainerposten selbst. Die Mannschaft war in der Bringschuld, jetzt stellte sich die Charakterfrage und die Elf gewann das Freundschaftsspiel mit 2:1. Deutschland war der Underdog gegen den Vizeweltmeister, die Franzosen nicht übermäßig motiviert. In so einem Klassiker kann sich jeder Spieler beweisen und das gelang mit einigen Umstellungen Rudi Völlers. Es zeigt sich: Es geht nur über die gewonnen Zweikämpfe und den Mut nach vorne zu spielen.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballwelmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

»HOFFNUNG IST VIEL ZU PASSIV. WIR BRAUCHEN WILLEN«
LEONARD COHEN

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*